

Berlin, Donnerstag 6. März 1969

*Sprecher: Dufhues, Filbinger, Gradl, Heck, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, Meyers, [Pütz], Schmücker, Schröder, Schwarzaupt, Stingl, Stoltenberg, Streibl.*

*Wahl des Bundespräsidenten. An den Bundesvorstand überwiesene Anträge des Bundesparteitags 1968. Stand der Vorbereitungen zur Bildung einer Wirtschaftsvereinigung. Sportprogramm. Ordentlicher Haushalt der Bundespartei für 1969. Termin des Wahlkongresses. Verschiedenes.*

*Beginn: 9.30 Uhr*

*Ende: 12.40 Uhr*

## WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Vorstandssitzung.

Ich möchte noch einmal bei dieser Gelegenheit unserem Freund, Dr. Gerhard Schröder, sagen, daß wir natürlich alle darüber betrübt sind, daß es gestern nicht gereicht hat. Er ist zwar sehr ehrenvoll unterlegen, aber die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, Herr Heinemann ist gewählt worden. Nun ist das eine Abstimmung gewesen, bei der es nicht um eine Wertung des Menschen und der Persönlichkeit gegangen ist – das wissen wir hier alle –, sondern um eine politische Entscheidung, bei der sich der politische Wille der SPD und des größten Teils der FDP klar demonstriert hat. Es ging also nicht darum, den besseren Mann zu wählen, sondern es ging darum, eine politische Konstellation möglicherweise heute schon anzukündigen.<sup>1</sup> Das war die Situation, die wir gestern in vielen langen Stunden haben durchstehen müssen. Und natürlich derjenige, dem diese Stunden selbstverständlich am meisten auf den Schultern lasteten, waren Sie, lieber Freund Dr. Schröder. Sie haben gesehen, daß Ihre Partei treu und fest an Ihrer Seite stand, und das ist ja immerhin auch etwas, was einem innerlich helfen kann. (Beifall.)

*Schröder:* Herr Vorsitzender, lieber Herr Kiesinger! Ich möchte Ihnen danken für das, was Sie gesagt haben, und ich möchte vor allen Dingen allen hier Versammelten für das danken, was Sie zuletzt gesagt haben, nämlich für die sehr kameradschaftliche Art, wie wir gestern diese Schlacht bestanden haben. Hoffentlich halten Sie das jetzt nicht für ein militaristisches Bild, in das man vielleicht leicht verfallen könnte, aber ein großer Teil der hier Anwesenden wird die Bezüge an die jüngere Zeit richtig verstehen.

---

<sup>1</sup> In den drei Wahlgängen am 5. März 1969 wurden jeweils 1.023 Stimmen abgegeben, davon entfielen im 1. Wahlgang auf Gerhard Schröder 501, auf Gustav Heinemann 514, im zweiten auf Schröder 507 (Heinemann 511) und im dritten 506 (Heinemann 512), vgl. DATENHANDBUCH 3 S. 3187. Zur Haltung der FDP vgl. SCHEEL S. 60–64.

Divisionen brauchen manchmal erst etwas Feuer, um richtig zu kämpfen. Ich hatte so den Eindruck, daß im Laufe des Fortgangs der Sache das Feuer beträchtlich gestiegen ist. Aber dies sei nur scherhaft bemerkt. Ich danke allen aufrichtig und herzlich für die Haltung, die dabei gezeigt worden ist, und ich glaube, daß wir alle die Sache sehr ehrenvoll bestanden haben. Und nun werden wir die weitere Entwicklung in aller Ruhe abwarten.

*Kiesinger:* So ist es in der Tat. Wir werden sehen, was sich tut, und wir werden unse-  
rseits unsere Vorbereitungen treffen. Es hat keinen Zweck, jetzt lange historische Be-  
trachtungen anzustellen. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen nach vorwärts blicken.  
Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß unser Freund Dr. Schröder mich recht ver-  
steht, wenn ich das sage. Die Besetzung dieses höchsten Amtes mit Herrn Heinemann  
habe ich gestern in ihrer Problematik anzudeuten versucht.<sup>2</sup> Ich habe mich natürlich in  
der Öffentlichkeit davor gehütet, davon zu sprechen, als ich sagte, wir wünschen einen  
Mann in diesem höchsten Amt, der unserer Verständnisform der Politik nahesteht. Das  
ist nun anders. Ich habe gestern deshalb in allen Stellungnahmen den einen Satz einge-  
fügt, in diesem Land wird die Politik nicht vom Bundespräsidenten, sondern vom Bun-  
deskanzler bestimmt. Das war natürlich eine notwendige Ankündigung für die Bundes-  
tagswahl. Das ist ja die Frage, die uns in diesem Jahr alle besonders bewegen muß. Für  
die Bundestagswahl mag die Wahl des Herrn Heinemann zum Präsidenten eine kleine  
Ermunterung für die SPD bedeuten, aber im Grunde genommen doch nur für die SPD.  
Ich bin der Überzeugung, daß diese Wahl sehr viele Leute aufschrecken wird, und zwar  
im – ich gebrauche diesen Ausdruck nicht gern – sogenannten bürgerlichen Lager, also  
nicht im sozialdemokratischen Lager. Denn die Leute werden sich sagen, sollen nach  
der nächsten Bundestagswahl in die drei Häuser am Rhein drei Sozialdemokraten ein-  
ziehen – in die Villa Hammerschmidt, das Palais Schaumburg und natürlich auch in den  
Bundestag? Wenn jetzt im Bewußtsein der Öffentlichkeit sich die Vorstellung bildet, es  
käme wirklich zu einer kleinen Koalition, dann leitet das sicherlich nicht Wasser auf die  
Mühlen der SPD. Ich glaube, der beste Kommentar, den ich gefunden habe, stand heute  
in der „Berliner Morgenpost“. Da steht also drin über das Verfahren der FDP: „Dieses  
Verfahren wurde bei vielen Delegierten der SPD mit Unbehagen, ja mit Empörung regi-  
striert. Die Kräfte in der SPD, die auf eine Koalition SPD/FDP nach den Bundestags-  
wahlen zusteuern und die das gestrige Verhalten der FDP bei der Wahl des Bundesprä-  
sidenten als eine Art Koalitionstest betrachteten, sind nachdenklich geworden. Was  
kann der SPD eigentlich eine FDP nützen, die ihre nationalkonservativen Wähler an die  
CDU/CSU abgibt und die ihre Wähler, die sie von links gewinnt, von der SPD be-  
zieht?“ Ich glaube, das ist eine ganz zutreffende Analyse. Wenn wir nun schon gestern  
unseren Kandidaten knapp nicht durchbrachten, dann wollen wir doch das uns zur Leh-

---

2 Kiesinger betonte in einem Interview am 5. März 1969 (vgl. BPA *Mitschrift in ACDP Dokumentation*), „daß der Bundespräsident selbst nicht die Politik in der Bundesrepublik bestimmt, daß diese in der Verantwortung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung liegt, daß dagegen das Amt des Bundespräsidenten auctoritas, Autorität, haben soll, daß der Bundespräsident, durch die Art und Weise, wie er sein Amt führt, mithelfen soll.“

re nehmen und wollen nun für den kommenden Kampf daraus unsere Konsequenzen ziehen.

Es ist eine sehr prekäre Sache. Es ist eine Wiederholung der Situation von Ende 1966. Diejenigen, die damals mitgekämpft haben, wissen noch genau, wie stark wir uns doch um die FDP als unseren Koalitionspartner damals bemüht hatten – bis zum bitteren Ende haben wir das getan. Die FDP hat sich verweigert. Daran kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Es bestand einfach nicht mehr der Wille, mit uns zusammenzugehen. Und bei der SPD waren es Herr Brandt und andere, die auch fast bis zuletzt auf einer Koalition mit der FDP bestanden. Der größte Erfolg, den wir ja überhaupt errungen haben, war es ja, diese Koalition zu verhindern. Ich sage das nicht nur im Blick auf die CDU, die dann in die Opposition gegangen wäre, obwohl das für uns als Partei eine großes Risiko gewesen wäre, aber auch eine große Chance, denn man kann sich ja in einer Opposition auch kräftig regenerieren. Aber was wäre in den drei Jahren passiert, in denen die beiden zusammen regiert hätten? Was wäre in unserer Ostpolitik passiert? Was wäre in unserer Berlin-Politik passiert? Man schaue sich mal den Generalplan an. Und dann hätten eben jene Kräfte in der SPD Oberwasser bekommen, die mit diesen Pläneschmiedern in der FDP mitgegangen wären. Wenn sie, wie es heißt, mit dem Wahlrecht ein Geschäft gemacht haben, dann bedeutet das natürlich jetzt schon eine Entscheidung für die kleine Koalition, also die Mini-Koalition. Denn es kann keine Große Koalition mehr geben ohne feste und klare Abmachungen, bindende Abmachungen über eine Änderung des Wahlrechts. Wie sollte denn eine Große Koalition noch einmal für vier Jahre geschlossen werden, ohne daß man sich institutionell dagegen sichert, daß vor der nächsten Wahl eine Situation entsteht, die wieder eine solche Große Koalition erzwingt. Jedenfalls zeigt das wieder einmal, man muß alles daran setzen, so stark wie möglich selber zu werden, um den Weg bestimmen zu können, der einzuschlagen ist. Wie die beiden gesellschaftspolitisch zusammenkommen wollen, ist im übrigen auch eine merkwürdige Sache. Wie man sich auf solch einen Handel einlassen kann, weiß ich nicht. Es gibt ja auch andere Situationen, um sich damit ein Alibi zu verschaffen. Lassen wir das.

Jetzt müssen wir in diesem Sommer – so meine ich – klipp und klar sagen, um was es uns geht in der Innenpolitik und in der Außenpolitik. Wenn das Thema kleine Koalition zwischen SPD und FDP auch erkennen läßt, in der Außenpolitik sähe das so aus, aber in der Innenpolitik steht doch ein riesiges Fragezeichen. Was die miteinander gesellschaftspolitisch tun wollen, ist vollkommen schleierhaft. Die FDP könnte eigentlich nur in die Koalition hineingehen in der Hoffnung, zwar mit der SPD zu regieren, aber eine Innenpolitik mit der CDU zu machen oder aber auf eine Innenpolitik zu verzichten und sich völlig ins Schleptau der SPD zu begeben. Das Ganze wird die Stimmung vor dem Wahlkampf beleben und wird uns die Chance geben, uns von den beiden anderen deutlich abzusetzen. Das, was unser Freund Schröder eben gesagt hat, war gestern sehr deutlich zu bemerken. Unsere Leute sind ja mit einer inneren Anteilnahme mitgegangen bei dieser Wahl – das konnte man bemerken – wie lange nicht mehr. Dieses innere Engagement war ohne Zweifel da.

Was Herrn Heinemann selber anbelangt, wage ich noch nichts vorauszusagen. Der Bundespräsident hat zwar keine Politik zu machen, aber er wird bei vielen Gelegenheiten sprechen, und ich werde nicht davor zurückschrecken, wenn er bei solchen Reden etwa Politik machen wollte, wenn er also zu bestimmten politischen Themata als Bundespräsident irgendwelche Aussagen macht, ihm sehr rasch zu bedeuten, daß das nicht seine Sache ist. Man hat bisher, wenn man befreundet war, politisch befreundet war, wenn ein anständiges menschliches Verhältnis bestand, gerade diese Frage ungeredet gelassen. Man hat nie so etwas gemacht, wie das in den monarchisch regierten Ländern üblich ist, daß, wenn der Monarch eine politische Rede hält, diese politische Rede von der Regierung gemacht wird, sondern man hat sich darauf verlassen. Da spielt man zusammen. Das wäre bei unserem Parteifreund Herrn Schröder genauso gemacht worden wie bisher. Auch Theodor Heuss<sup>3</sup> hatte sich sehr genau immer in acht genommen, nicht die Grenzen zu überschreiten. Jetzt haben wir aber zum erstenmal einen Fall, wo es ernst werden kann, und ich bitte jetzt schon meine politischen Freunde darum zu verstehen, daß es dann auch einmal zu Schwierigkeiten kommen kann, die ich so lange vermeiden werde, wie es irgend geht, denn vor der Öffentlichkeit werde ich das ja nie tun. Aber ich habe da so meine Befürchtungen, ob der Bundespräsident Heinemann so rasch aus dem Kittel des Politikers Heinemann schlüpfen kann, wie man es wünschen muß. Das weiß ich nicht.

Sie wissen ja, daß wir im Augenblick nach den neuesten demoskopischen Umfragen nicht schlecht liegen, jedenfalls besser, als ich es erwartet hatte nach der Krise um den Bundestagspräsidenten.<sup>4</sup> Nach der Post, die wir damals bekamen, schien es zu einem Absturz in der Gunst der öffentlichen Meinung zu kommen. Das ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, wir haben unsere Position gegenüber dem Anfang des Jahres noch verbessern können. Die letzten Voraussagen waren 44 % für die SPD, d. h. also, da ohne jeden Zweifel gewisse Einbrüche erfolgt sind, daß der Trend gut ist und daß unsere Ausgangslage für den Wahlkampf – es ist immerhin schon März – nicht schlecht ist. Es gab niemals seit 1949 Situationen, wo wir die Jahresschwelle zum Wahljahr überschritten hätten mit einem großen Plus vor der SPD, sondern meistens lagen wir sogar darunter. Nur ist die Situation nicht weiter schlimm gewesen, denn damals konnten wir dann

3 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), Journalist; 1912–1918 Chefredakteur der „Neckarzeitung“ in Heilbronn, 1918–1922 Redakteur der Wochenzeitschrift „Deutsche Politik“ in Berlin, 1920–1933 Dozent an der „Hochschule für Politik“ Berlin, 1924–1928, 1930–1932 und 1933 MdR (DDP), 1945/46 Kultusminister in Württemberg-Baden, 1948/49 MdPR, 1948/49 1. Vorsitzender der FDP, 1949 MdB, 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus. Im Auftrag der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus hg. v. Thomas HERTFELDER und Christiane KETTERLE mit einem Vorwort von Lord Ralf Dahrendorf. Stuttgart 2003.

4 Gerstenmaier hatte am 31. Januar 1969 sein Amt niedergelegt. – EMNID errechnete im Januar 1969 für CDU/CSU 44%, SPD 42%, FDP 9%; im Vormonat lag die SPD noch bei 45% („Bayern-Kurier“ vom 22. März 1969); Allensbach sah im Dezember 1968 die SPD bei 46%, CDU/CSU bei 41%, im Januar 1969 SPD 43,5%, CDU/CSU 43,5%, im Februar 1969 SPD 44%, CDU/CSU 43% (ACDP 01–226–401).

im Wahljahr alles, was geschehen ist in der Regierungsarbeit, als unseren Erfolg verbuchen. Ich sage das nur deswegen, weil vielleicht der eine oder andere diese Dinge nicht so genau verfolgt und weil man ja auch so ein bißchen sehen muß, wie die Dinge stehen. Wollen wir mal abwarten, was die nächsten Ergebnisse bringen, auch die Auswirkungen bei dieser Wahl, die zunächst einmal der SPD ein bißchen Aufwind geben könnte. Im großen und ganzen stehen aber die Aussichten jedenfalls nicht schlecht.

*Lemmer:* Nur zwei Randbemerkungen: Die FDP-Fraktion hat pausenlos Telegramme gekriegt während der Spannungen zwischen den Wahlgängen aus dem Lande, für Schröder zu stimmen. Das habe ich von Herrn Dahlgrün, der für Herrn Schröder gestimmt hat.

*Kiesinger:* Ja, das wollte ich auch noch sagen. Es haben eine ganze Reihe von Herren, die mit Sicherheit angekündigt hatten, nicht für Herrn Heinemann zu stimmen, offensichtlich unter Druck gestanden.

*Lemmer:* Noch eine zweite Bemerkung: Die SPD tagte im Anschluß an die Wahl, und dann wurden sie besucht von den Herren Scheel, Genscher und Mischnick, und es kam zu stürmischen Ovationen für die drei Vertreter der FDP. Dabei zeigte sich ihre ganze innere Haßstimmung gegen uns. Das ist nämlich ihre Triebkraft. Wir sind gehaßt, weil wir seit 20 Jahren in der Verantwortung stehen. Und das ist die stärkste Bindung zwischen allen, die gegen uns sind. Das ist meine Auffassung.

*Kohl:* Ich bin nicht ganz der Meinung, wie sie sich hier darstellt. Und ich bin der Meinung, wir sollten uns von Emotionen freimachen. Wir haben uns seit Jahr und Tag den Luxus erlaubt, die Lage aus Emotionen heraus einzuschätzen, und ich habe den Eindruck, wir haben sie teilweise auch falsch eingeschätzt. Es war in diesem Kreise bei der Besprechung der Kandidatur zum Bundespräsidenten eine weitverbreitete Meinung, die FDP sei die gleiche FDP wie in der Franz-Blücher-Zeit.<sup>5</sup> Und viele, die im Bundeshaus Jahr um Jahr ihre Tätigkeit hinter sich gebracht haben, haben immer noch nicht begriffen, daß die FDP von heute eine völlig andere FDP ist, als die FDP von damals, auch als die von 1966. So hat die FDP-Führung es immerhin fertiggebracht, die Partei weitgehend zu einigen. Mit welchen Mitteln, braucht hier nicht näher untersucht zu werden. Ich finde nur, man sollte von der Tatsache ausgehen, daß die FDP nicht mehr so aufzutrennen ist und auseinanderzunehmen ist, wie das viele bei uns glauben aus der Herrschaft Konrad Adenauers heraus, der das ja schließlich auch nicht mit einem überzeugenden Erfolg machte, wenn man das mal rückblickend betrachtet. Das war der eine Punkt.

Ein anderer Punkt ist der: Was gestern passiert ist, ist – glaube ich – nur noch eine späte Abschlagszahlung auf einen Vorgang, der auch schon bald ein Jahr zurückliegt.

<sup>5</sup> Franz Blücher (1896–1959), Prokurator; 1946 Vorsitzender der FDP in der britischen Zone, 1946/47 Finanzminister in Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 MdWR, 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1949–1958 MdB, 1949–1957 Vizekanzler und Bundesminister für den Marshallplan bzw. für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1958/59 Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion. Vgl. KEMPF/MERZ S. 143–146. – Blücher war Exponent des unbedingt koalitionstreuen Flügels der FDP.

Ich persönlich gehöre zu denen – ich weiß, daß diese Meinung hier nicht von allen geteilt wird, aber sicherlich von der Mehrheit –, die glauben, daß bereits beim Abschluß des Koalitionsvertrages die Sozialdemokraten fest entschlossen waren, uns zu betrügen. Das ist meine Meinung und die möchte ich hier einmal klar aussprechen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß bereits Mitte des letzten Jahres, als bei uns noch dauernd über das Wahlrecht gesprochen wurde, die FDP die sichere Gewißheit haben konnte, daß das Wahlrecht nicht kommt. Und dementsprechend haben sie sich eingerichtet. Und wenn man in diesen Tagen die Fraktionssitzungen der FDP-Bundesversammlungsfaktion betrachtet hat, dann weiß man, wie das im einzelnen so gelaufen ist. Da gab es Vorgespräche und Einzelmassagen, und da hatte man durchaus den Eindruck, daß das der Punkt ist, an dem die SPD schon für die nächste Legislaturperiode eine ganz klare Zusagen gemacht hat. Ich selber bin der Auffassung, daß die FDP durchaus willens und bereit ist, aus Verstandesgründen, nicht aus Neigungsgründen, eher mit uns im kommenden Herbst eine Koalition einzugehen. Interessant ist hier für sie insbesondere die Frage der Mitbestimmung, die sich ganz hart auf die FDP-Führung legt, von ihrer Crew nach draußen hin gesehen. Ich könnte mir aber vorstellen, daß die SPD mit einem großzügigen Angebot sogar bereit wäre, diese Frage für ganze vier Jahre auszuklammern, wenn das der Preis einer Regierungsbildung SPD/FDP wäre. Sie werden in den nächsten Wochen erleben, daß die SPD, was die Basis ihrer Mitglieder und ihrer Parteiorganisationen betrifft, eine ganze Reihe von entsprechenden Anhaltspunkten bereits besitzt.

Mir scheint nun folgendes am wichtigsten: Und das ist eine Frage der Bundespolitik und vielleicht auch eine Frage der Länder, daß wir jetzt einen möglichst guten Kontakt zu beiden Parteien halten und uns nicht von irgendwelchen Emotionen davontragen lassen und nach der gestrigen Situation sagen, jetzt wird überhaupt nicht mehr mit denen geredet. Das würde ich für ganz lebensgefährlich halten, daß wir jetzt nicht völlig offen nach beiden Seiten in die Wahl gehen. Und dazu gehört ein weiterer Punkt, den ich ehrlich gesagt nicht verstehe und den ich heute hier noch nachfragen möchte. Der Bundesvorstand hat auf seiner letzten Sitzung ein eindeutiges Votum dazu abgegeben, daß er in Sachen NPD-Verbot nichts unternimmt. Dessen ungeachtet – wir waren kaum zu Hause – ging die öffentliche Debatte weiter, daß die NPD verboten wird. Wenn Sie die Wählerstruktur in der Bundesrepublik betrachten, ergibt sich doch seit dem gestrigen Tag – ich glaube, das war nur noch eine späte Momentaufnahme, der Vorgang ist schon älter –, daß die FDP den vom Politologischen her faszinierenden Versuch unternommen und gestern auch praktiziert hat, daß sie bisher im parlamentarischen Hauptrund rechts von der CDU saß, während sie sich jetzt zwischen SPD und CDU ansiedelt. Ob da Wähler sind, ist eine andere Frage. Aber Tatsache ist, daß auf dem flachen Lande, wie mir gestern der bayerische FDP-Kollege erzählte auf der Bundesversammlung, das jähе Entsetzen über diese ganze Entwicklung ausbricht. Konkrete Beispiele dafür fehlen, aber es ist ohne Zweifel, daß es bei der Wählerschaft eine bestimmte national-liberale Tradition gibt, im flachen Land von Schleswig-Holstein bestimmt genauso. Da werden natürlich sehr viele Wähler sich sehr überlegen, ob sie noch FDP wählen. Und wenn wir

jetzt mit dem NPD-Verbot eine innerparteiliche Situation schaffen, treiben wir genau diese Leute dahin, wo sie von Hause aus gar nicht hin wollen. Das sind ja keine Nazis und das sind auch keine Neonazis, diese bürgerliche Gruppe, mit der wir es zu tun haben. Ich richte daher an den Herrn Parteivorsitzenden die dringende Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß zu diesem Punkt entsprechend den Beschlüssen der Übereinkunft aus der letzten Sitzung Klarheit herrscht.

Ich darf nun noch einmal unterstreichen, daß es meines Erachtens wichtig ist, auch nach gestern, die Kontakte zur FDP nicht zu vernachlässigen, sondern sie genauso zu behandeln wie die SPD, zumal ich den Eindruck habe, daß die Geschichte des Nürnberger Parteitags mit dieser nicht erfolgten Intervention von Herrn Wehner eine abgesprochene, um nicht zu sagen abgekartete Sache war.<sup>6</sup> Herr Wehner hat ja eine ungewöhnlich schauspielerische Begabung, um mit tragischer Stimme diese Dinge vorzutragen. In dieser Sache ist es für mich ganz klar, daß wir in der Lage sein werden, diese Dinge aufzufangen.

*Kiesinger:* Natürlich! Es ist mir ganz klar, daß auf der anderen Seite starke Emotionen mitgewirkt haben, nicht nur kühles Kalkül, sondern starke Emotionen. Aber wir wollen natürlich auch nicht übersehen, daß es für die SPD eine ungeheure Sache ist, den Bundespräsidenten zu stellen. Das geht zurück bis auf die Zeit Friedrich Eberts<sup>7</sup>. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß wir Politik machen müssen und daß wir, solange wir nicht die absolute Mehrheit haben, mit dem einen oder dem anderen Politik machen müssen. Und es wäre das Törichteste, was wir tun könnten, daß wir uns in der Zeit bis zu den Wahlen dem einen oder dem anderen einseitig zuwenden würden oder aus Verdrossenheit mit keinem mehr zu sprechen.

Das zweite ist, was die NPD anlangt. Herr Dr. Kohl hat natürlich nicht alle Aspekte dieses Problems genannt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das sehr wichtige Dinge sind. Es ist in der Tat so, unser Kollege Benda geht hier ein bißchen einseitig und einspurig vor. Ich habe das völlig unzureichende Material, das er uns vorgelegt hat, zurückgewiesen. Das war Material, wo es fast ausnahmslos darauf hinauslief, daß die NPD eine nationale oder nationalsozialistische Partei sei. Reichsmythos, die alten deutschen Gebiete sollten wieder zurückgewonnen werden – das stand da drin, das muß man sich mal vorstellen. Das stand in einem Papier, das von unserer Seite vorgelegt wurde. Ich habe zur Schonung von Herrn Benda weiter nichts dazu gesagt, sondern habe Herrn Benda den Auftrag gegeben, das Ganze prozeßgerecht vorzulegen, d. h. nur Dinge zu bringen, die wirklich standhielten, also die wirklich, wenn sie bewiesen werden könnten, zu einem Verbot führen können. Aber beides, auch den Beweis, sollte er dann gleich erbringen. Und daran arbeitet er nun die ganze Zeit, obwohl ich ihm schon ein paar Mal gesagt habe: Vorsicht! Die Geschichte kann so nicht weiterbetrieben wer-

---

6 Rede Herbert Wehnens „Begründung der Plattform“ auf dem Bundesparteitag der SPD in Nürnberg am 18. März 1968, in: SPD-PARTEITAG 1968 S. 119–128.

7 Friedrich Ebert (1871–1925), Sattler; 1889 SPD, 1912–1918 MdR, 1913–1919 Vorsitzender der SPD, 1919–1925 Reichspräsident.

den. Ich werde unmittelbar nach meiner Rückkunft<sup>8</sup> noch einmal mit ihm sprechen und ihm sagen, daß er jetzt still zu sein hat in dieser Frage, denn diese Entscheidung ist natürlich eine sehr schwierige und hat eine ganze Reihe von Aspekten, die auch für uns im Hinblick auf die Wahlen sehr wichtig sind. – Herr Kollege Lücke!

*Lücke:* Herr Dr. Kohl sagte, daß die CDU-Fraktion die FDP falsch eingeschätzt hat. Ich teile die Auffassung nicht. Die CDU-Fraktion ist sich sehr wohl klar darüber, daß die FDP längst gestorben ist. Falsch eingeschätzt wurde, ob wir mit ihnen gemeinsam den Bundespräsidenten wählen können. Ich habe gestern abend diese neue FDP gesehen, die zusammen mit der SPD in einem Hotel am Zoo die Siegesfeier begangen hat. Ich bin sicher, daß die Anti-FDP viel stärker, viel geschlossener ist, als man annimmt, d. h., daß wir davon ausgehen müssen, daß die SPD und die FDP nur das tun, was ihrer Interessenlage entspricht. Ich unterstreiche, was der Herr Bundeskanzler sagte, wir brauchen eine Mehrheit, die diesmal niet- und nagelfest eine Wahlrechtsreform zu erzwingen versucht im richtigen Augenblick. Sonst bin ich wirklich der Meinung, daß wir die Mini-Koalition als Anti-Koalition bezeichnen sollten und die kleine Koalition im bisherigen positiven Sinne nennen sollten. Anti-Koalition ist doch lediglich das, was die Leute vereint, die Gruppe mit dem linken Flügel der SPD, die gestern siegreich gewesen ist. Was Herrn Wehner angeht, natürlich muß und will die SPD regierungsfähig werden, und darum hat sie von Anbeginn ganz offenbar darauf abgestellt, daß das in drei Jahren nicht möglich sei, daß sie also noch sieben Jahre in der Koalition verbleiben müßte. Und dieser Sieg für die SPD ist ein großer Sieg für die Freien Demokraten. Ich glaube aber nicht, daß die Anti-Koalition Chancen hat, wenn sie ganz hart diese Sache verfolgt. Ich glaube also, daß wir einen Wahlkampf führen sollten für eine klare Mehrheit. Nur eins muß aufhören, daß wir damit rechnen, daß die Wahl sicher sei.

*Kraske:* Wir sind uns doch aber auch darüber einig, daß wir von jetzt bis zur Wahl die positiven Dinge in dieser Entscheidung nur dann aufnehmen können, wenn wir ganz klarmachen, daß diese FDP, so wie sie sich heute in ihrer Führungsspitze darstellt, auf Links-Kurs liegt, und daß Wähler, die Links verhindern wollen, in Zukunft nur noch die eine Möglichkeit haben, nämlich CDU zu wählen. Das müssen wir jetzt bis zur Wahl bei jeder Gelegenheit sagen in den Wahlkreisen, aber auch auf der Bundesebene.

*Kiesinger:* Das hat – wenn ich das hinzufügen darf – natürlich auch noch einen anderen Aspekt. Warum hat denn die FDP immer noch einen erheblichen Zulauf von gewissen nicht-sozialistisch gesonnenen Kräften? Da sind natürlich für die Wähler wichtig, die Entscheidungen, die wir treffen. Das sind ja jetzt nicht mehr so viel; aber für viele steht als drohendes Gespenst im Raum die Lohnfortzahlung. Ich bin auch nicht unbedingt glücklich über die Entscheidung der Beamtenbesoldungsfrage.<sup>9</sup> Es tut mir leid,

8 Kiesinger hielt sich vom 27.–29. März 1969 zu einem Staatsbesuch in Österreich auf. Vgl. AdG 1969 S. 14572.

9 Das „Sechste Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften“ vom 31. März 1969, BGBl. 1969 I S. 257 führte erheblich erweiterte Möglichkeiten der Arbeitszeitverminderung und des Sonderurlaubes für Beamten ein.

aber ich glaube, daß wir da eine Dummheit begangen haben. Aber ich gebe zu, daß man darüber streiten kann. Das sind alles die Dinge, die zwischen dieser Links-FDP und den liberalen Wählern stehen. Das muß man aber auch wissen, daß das so ist. Und worum es mir geht, daß ist das, daß wir unseren sogenannten linken Flügel von diesem Geruch befreien, der nun natürlich propagandistisch genährt wird von der FDP-Propaganda, daß wir eigentlich nicht besser als Sozis seien. Wir müssen uns gemeinsam daran machen, daß herausgestellt wird, daß wir ganz klar getrennt werden und daß in der Öffentlichkeit eine Koalition unheilvoll erscheint. Und wir können die Probe erleben demnächst im Bundestag über die Lohnfortzahlung.<sup>10</sup> Das ist eine sehr ernste Frage, ob wir uns damit noch belasten dürfen. Wenn wir schon dafür eintreten – was wir wollen –, nämlich für eine echte Krankenversicherungsreform, sollen wir uns dann die ganze Feindschaft all der Kreise auf den Buckel laden, die dann ständig kommen und uns ihre Sorgen vortragen, das ganze Handwerk, der breite Mittelstand? Was bringt es uns denn ein, wenn wir uns dafür stark machen? Ich glaube nicht, daß das eine gute Politik im Wahljahr ist. Das hängt nämlich damit zusammen. Es ist sicher so, es gibt weite Kreise, die nur noch diese einzige Überzeugung bei der FDP hält, die FDP nimmt die Interessen des Mittelstandes nachdrücklicher wahr als die CDU.

Wenn man eine Kabinettsvorlage macht, dann könnte es doch nur so sein, daß der Entwurf, den der CDU-Arbeitskreis ausgearbeitet hat und den Herr Katzer parat liegen hat, in einer Mehrheitsabstimmung CDU/CSU gegen die Sozialdemokraten durchgebracht wird.<sup>11</sup> Und dann könnte man es nur so machen, daß man die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Bundestag freigibt, so zu stimmen, wie sie wollen. Ein anderes Verfahren wäre in diesem Falle unmöglich. Und damit sehen Sie, daß das politisch nicht nur ein Schlag ins Wasser, sondern ein Bumerang wäre, der auf uns zurückschlägt.

*Streibl:* Ich glaube, um auf eine andere Frage zu kommen, die Große Koalition hat durch die gestrige Entscheidung einen Schlag erhalten. Es war schon immer spürbar in letzter Zeit, die SPD hat sich in den Fragen Wahlrecht und Mitbestimmung nicht an die Absprachen gehalten. Gestern hat Brandt im Fernsehen etwa sinngemäß ausgeführt, daß diese geschlossene FDP nun natürlich ein interessanter Partner wäre für spätere Koalitionsverhandlungen. Ich habe daher die Befürchtung, daß die Führungsfähigkeit der CDU in der Frage der Koalition langsam hinübergleitet zur SPD. Ich glaube daher, Herr Bundeskanzler, es sollte bei nächster Gelegenheit ein ganz klares Wort für unsere Mitglieder gesprochen werden, die fürchterlich deprimiert sind nach der gestrigen Ent-

10 Am 23. April 1969 erfolgte die erste Beratung über die beiden von SPD (Drs. V/3983 vom 18. März 1969) und CDU/CSU (Drs. V/3985 vom 18. März 1969) eingebrachten Entwürfe über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über die Änderung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung, vgl. Sten.Ber. 5. WP 227. Sitzung S. 12513–12538. Die zweite Beratung erfolgte am 11. Juni (Sten.Ber. 5. WP 236. Sitzung S. 13076–13116) und die 3. Lesung am 12. Juni (Sten.Ber. 5. WP 237. Sitzung S. 13140–13158). – Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung vom 27. Juli 1969, BGBI 1969 I S. 946.

11 Vgl. Nr. 26 Anm. 39.

scheidung. Wir haben haufenweise Telegramme und Telefongespräche erhalten in der Parteizentrale, Sie sollten in nächster Zeit ganz klar den Führungsanspruch der CDU herausstellen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir haben die Dinge nicht mehr in der Hand. Die SPD spielt besser, und die FDP wird mehr von der SPD beeinflußt, als wir wahrhaben wollen. Und darin sehe ich eine große Gefahr für unsere Mitglieder.

*Kiesinger:* Also ganz verstehe ich diesen Gedankengang offenbar nicht, daß das ein Schlag gegen die Große Koalition sei. Daß die SPD ihren eigenen Bundespräsidenten anstrebt, ist doch selbstverständlich. Wenn es Mitglieder gibt, die das nicht begreifen, dann kann man ihnen auch nicht helfen. Wenn die FDP hier mit der SPD zusammen spielt – nicht die SPD hat gespielt, sondern die FDP –, dann ist das gewiß kein Schlag gegen die Große Koalition. Wie immer, wenn einer eine Wahl verliert, bedeutet das natürlich eine Niederlage für eine Partei, die ihren Kandidaten herausstellt. Aber machen wir uns doch nichts vor, die politische Entscheidung fällt bei der Bundestagswahl. Und wenn es da jetzt einige aufgeregte Mitglieder gibt, das ist für mich noch nie ein Symptom gewesen, das ich allzu ernst genommen habe. Das habe ich zu lange erlebt. Gucken Sie doch hinein, wie die Wähler der CDU und auch der CSU stehen. Ganz anders, ganz anders. Warum standen denn die Wähler der SPD bisher viel negativer zur Großen Koalition als die unseren? Weil sie eben nicht glaubten, daß die Große Koalition ihnen bekam. Das war doch ihre Hoffnung gewesen, und nun sind sie enttäuscht worden bei jeder Landtagswahl. Das ist doch der Hauptgrund. Und diese Überzeugung unserer Leute, die müssen wir halten. Darauf kommt es doch an. Das ist doch das Entscheidende. Ich kenne das doch, diese aufgeregten Geschichten, wenn irgendetwas passiert. Dann kriegen Sie ein paar hundert Briefe, es gibt ja aber Millionen von Wählern. Das ist doch das Entscheidende. Und diesen Eindruck, daß die SPD führe im Bundestag, also ich muß schon sagen, diesen Eindruck habe ich noch nicht.

*Lücke:* Ja, aber ich glaube, es war etwas viel in letzter Zeit. Zunächst die Wahlrechtsreform, dann die Mitbestimmung<sup>12</sup> und jetzt diese Wahl. Ich glaube, da muß unseren Mitgliedern mal gezeigt werden, daß nicht nur die SPD ihre Vorstellungen durchsetzt.

*Kiesinger:* Was die Wahlrechtsfrage angeht, da gab es einige Leute, die das wirklich wollten. Auch die CDU war sich nicht einig. Denken Sie an die Sitzungen der Fraktion, wo es turbulent zuging. Ich habe eine Fraktionssitzung erlebt, wo aus diesem Grunde Proteststürme durch die Reihen der Fraktion gingen. Wir waren uns selber nicht einig.

12 Der Bundesvorstand hatte auf seiner Sitzung am 16. Januar 1969 die Einsetzung einer Mitbestimmungskommission beschlossen (vgl. Nr. 24 S. 1307), die Ende Januar ihre Arbeit aufnahm (vgl. dpa vom 27. Januar 1969). – Am 22. Januar 1969 fand im Bundestag die erste Beratung über den SPD-Entwurf eines Zweiten Mitbestimmungssicherungsgesetzes (Drs. V/3660 vom 16. Dezember 1968) statt, vgl. Sten.Ber. 5. WP 210. Sitzung S. 11337–11370. Vgl. auch die Presseerklärung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Rainer Barzel, vom 22. Januar 1969. – Die Sozialausschüsse hatten auf der CDA-Landeskonferenz in Bochum am 1. Februar 1969 beschlossen, die Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Mitbestimmungskommission (Vorsitz Kurt Biedenkopf, vgl. Nr. 16 Anm. 22) abzuwarten. Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 3. Februar 1969 „CDU-Sozialausschüsse“ wieder auf Parteilinie.“

Zweitens: Mitbestimmung. Was soll denn das heißen? Wir haben unseren Willen durchgesetzt. Es ist doch nie die Rede davon gewesen, daß die SPD ihrerseits auf den Gedanken der Mitbestimmung verzichtet. Und in der Zwischenzeit sind Kreise aus der CDU viel radikaler in Sachen Mitbestimmung vorgestossen, wenn ich an gewisse Taugungen der Sozialausschüsse denke. Man muß doch die Dinge sehen, wie sie sind. Was ist denn getan worden? Mit ganz ruhiger Hand habe ich erst mal so lange gewartet mit der Kommission für die Mitbestimmung, daß ich mit Sicherheit wußte, dieser Bericht, den die Kommission geben sollte, kann nicht mehr in dieser Legislaturperiode abgegeben werden. Er wird auch nicht abgegeben werden. Zweitens habe ich in langem Rinnen um eine Besetzung der Mitbestimmungskommission für eine Besetzung gesorgt, die garantierte, daß das Ergebnis dieser Kommission nicht im Sinne der SPD sein soll. Das war doch die Entscheidung, die getroffen worden ist. Und wenn die SPD nun ihrerseits mit irgendwelchen Gesetzesentwürfen noch kommen würde in dieser Legislaturperiode, dann ist das Wahlkampfspiel. Nichts anderes.

Was ist das Dritte gewesen? Zuerst Wahlrechtsreform, dann Mitbestimmung und die Lohnfortzahlung. Das ist doch immer wieder bei uns ein Problem der Zusammensetzung der CDU gewesen. Sie müssen vor allen Dingen daran denken, daß wir das Land Nordrhein-Westfalen haben mit 17 Mio. Einwohnern und einer völlig anderen Bevölkerung, als wir sie z. B. in Bayern haben.

*Lemke*: Darf ich in diesem Zusammenhang noch auf ein Problem hinweisen, daß wir bisher ausgeklammert haben und daß wir uns nicht auch noch auf die Schultern laden sollten. Das ist die Frage der Verjährung. Denn das würde natürlich auch noch einen großen Auftrieb gegen uns geben.

*Stingl*: Ich möchte noch zur Frage der Verjährung Stellung nehmen. Ich stimme mit Ihnen überein, daß wir weder aus emotionalen, noch aus Trotzreaktionen heraus uns nun jetzt zu einem Verhalten treiben lassen, das wir uns nicht leisten können. Das können wir erst dann, wenn wir mit Gewißheit sagen können, wir haben einen Abgeordneten mehr, als die absolute Mehrheit erfordert. Aber ich habe es in privaten Gesprächen bereits angedeutet, es ist ein Irrtum anzunehmen, daß bei der FDP Überlegungen entscheidend waren, welche Ausgangsposition sie 1969 durch ihr Verhalten bei der Wahl zum Bundespräsidenten hat. Die FDP, zumindest in ihrer Spalte – und ich zitiere gar keine Vier-Augen-Gespräche – will eine politische Wachablösung in der Bundesrepublik haben, auch um den Preis einer sozialdemokratischen Kanzlerschaft. Das ist Grundlage ihres politischen Verhaltens. Das hat sie auch bei den Koalitionsverhandlungen 1966 bewiesen. Und sie war bitter enttäuscht über den sozialdemokratischen Partner, und es hat eine große Überwindung gekostet, daß sie sich noch einmal durchgerungen hat, dieses Spiel mit dem Bundespräsidenten erneut zu beginnen mit dem gleichen Ziel, die CDU/CSU muß in die Opposition. Das ist das Ziel der FDP, und das müssen wir wissen. Was möglich ist nach dem Wahlausgang 1969, rein arithmetisch, das ist etwas ganz anderes. Und daß wir dann aus rein praktischen Gründen vielleicht zu ganz anderen Lösungen gezwungen sind, das ist wieder eine ganz andere Frage. Wir dürfen uns nur nicht täuschen, als ob die FDP nun uns mit einem Arm so den Winkel anzeigen

könnte, wo wir uns einhaken können. Denn wir müssen wissen, daß die Spitze der FDP das entscheidende Wort spricht, dieses Triumvirat, das da anmarschiert ist zum Herrn Heinemann, das diese Grundeinstellung hat. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Wir müssen vertrauen auf unsere eigene Kraft, auf unsere Überzeugungskraft, auf unsere Durchschlagskraft und auch auf das Glück, das wir immer gehabt haben in all den 20 Jahren, das uns doch hoffentlich jetzt nicht verlassen wird. Ich sehe gar nicht ein, daß es uns verlassen soll. Unsere Kraft müßte einfach ausreichend sein, um das zu erreichen, was notwendig ist.

*Kiesinger:* Ich möchte Ihnen da zustimmen, nur eine kleine Einschränkung möchte ich machen. Es ist dieselbe FDP wie 1966. Und wer damals diese Verhandlungen mitgemacht hat, der kann bestätigen, daß es unser größter Erfolg war, daß wir diese Antikoalition damals abgewendet haben, die natürlich Herr Brandt brennend erstrebt hat. Ich habe das doch alles damals miterlebt. Aber eine kleine Einschränkung möchte ich noch machen. Es sind nicht alle Leute bei der FDP dieser Meinung, und es ist für sie leichter, bei einer Wahl wie gestern zusammenzuarbeiten als bei der Entscheidung über eine zukünftige Koalition. Und es wird sicher viel ausmachen, wie sich ihr Verhalten bei der Bundestagswahl auswirken wird für sie. Also ich würde sagen, daß ein Mann wie Genscher – um nur einen zu nennen – sich offen hält, während ich glaube, daß ein Mann wie Scheel doch viel festgelegter ist als Genscher. Und dann sind die Süddeutschen noch viel echter liberaler und liberal-konservativer, die ihrerseits alles daran setzen werden, wenn es um eine Entscheidung geht, um doch zu einer Koalition mit uns zu kommen, so daß die Frage noch nicht völlig entschieden ist. Aber ich würde schon sagen, daß beim größeren Teil der FDP diese Tendenz da ist, uns mal zu zeigen, daß man das kann, diese Machprobe, die man gestern vor aller Welt dargestellt hat. Das glaube ich auch. Aber ich glaube auch, daß wir uns darüber einig sind, daß wir kühl sehen, was rechts und links von uns steht, und daß wir dann unsere Politik danach machen werden.

*Stingl:* Herr Bundeskanzler, ich möchte noch eines bemerken. Die Fragen, die einer aktuellen Entscheidung bedürfen, müssen wir in der Fraktion genau durchsprechen. Das ist notwendig. Denn wir dürfen auf der einen Seite nicht hoffnungslos sichtbar auseinanderfallen, auf der anderen Seite nicht um einer Geschlossenheit willen eine falsche Entscheidung treffen. Beides geht nicht.

*Gradl:* Ich meine, die Mutmaßungen über den Willen und den Kurs der FDP sind interessant, die muß man anstellen. Wir werden sicherlich auch mancherlei erfahren, das den zukünftigen Kurs der FDP so deuten läßt, sie wolle in Wahrheit die Koalition mit uns. Ich habe gestern abend eine ganze Reihe von Leuten gesprochen, die einem dann gesagt haben, nein, nein, der Scheel will das ja gar nicht. Der Scheel suchte ein Alibi, aber nachher ist sein Ziel die Koalition. Ich will nur einen Namen nennen, damit Sie sehen, so etwas habe ich nicht von irgendeinem. Herr Kempinski<sup>13</sup> hat mir das gestern

13 In der Vorlage: Kempinski. – Hans-Ulrich Kempinski (geb. 1922), Journalist, 1949–1987 Chefkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Autor politischer Bücher. Memoiren: Um die Macht. Sternstunden und sonstige Abenteuer mit Bonner Bundeskanzlern 1949 bis 1999. Berlin<sup>2</sup> 1999.

abend sehr eindringlich gesagt, das sei seine Überzeugung. Ich glaube, daß sie bewußt über ihre künftige Haltung – und das ist parteitaktisch von ihrem Standpunkt aus ganz richtig – völlig offen lassen, wie sie sich entscheiden. Uns bleibt gar nichts weiter übrig, als zu sehen, daß wir Ende September so gebaut sind, daß keiner von beiden um uns herumkommt.

Das Zweite ist: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß in einem bestimmten Bereich der öffentlichen Meinung, der sehr einflußreich ist, die gestrige Wahl als ein Signal verstanden wird, als ein Signal, jetzt geht es nach links. Die Linke wird dominant. Dieses Denken wird von den Fernsehkommentatoren und von den Kommentatoren der berühmten Massenmedien so systematisch verbreitet werden, daß wir alle Hände voll zu tun haben werden zu erreichen, daß von daher nicht eine Grundströmung in der deutschen Wählerschaft entsteht, so als ob das unausweichlich ist, das kommt so. Wenn das eintritt, werden wir sehen, daß sehr viele sich dem Strom der vermuteten stärkeren Bataillone anschließen.

*Kiesinger:* Es wird umgekehrt sein. Das garantiere ich Ihnen.

*Gradl:* Herr Bundeskanzler, das tröstet mich. Ich wollte ja nicht zuviel sagen. Ich selber habe mich über den gestrigen Ausgang mit folgender Überlegung getröstet. Die gestrige Entscheidung war eine Entscheidung von Politikern, nicht von der Bevölkerung. Ich glaube, daß die Deutschen immer noch so gebaut sind, daß ihnen eine sozialdemokratische Spitze genug ist. Zwei ist zuviel, denn immer noch ist dieses Volk bestimmt von dem Gedanken, keine Experimente, was die Sicherheit in jeder Hinsicht angeht. Und ich glaube, daß es in der Bevölkerung ein Gegenpendel geben wird, wenn wir uns geschickt genug verhalten.

Damit komme ich zum Dritten und Letzten: Ich glaube nicht, daß wir die Konsequenzen des gestrigen Vorgangs und die Situation der nächsten sechs Monate jetzt in dieser Diskussion hier gründlich erkennen können. Herr Bundeskanzler, ich würde Ihnen empfehlen – das Wort Bestandsaufnahme ist ja sehr verbraucht und kommt nicht mal von uns, aber manchmal paßt es –, daß Sie eine kleine Gruppe zusammenstellen, das mag Herr Heck tun, und daß Sie dann mal in eine Klausur gehen für zwei Tage und alle diese Fragen, die hier nur angeschnitten worden sind, von der Verjährung bis zur Lohnfortzahlung über die Mitbestimmung und was weiß ich alles, daß Sie das in aller Ruhe mal in zwei Tagen durchdenken und dann zu uns kommen und sagen, so werden wir es machen. Dies möchte ich doch dringend empfehlen. Ich möchte keinen Antrag stellen, aber ich halte das für zweckmäßig.

*Dufhues:* Ich meine, daß nach der SPD der Sieger des gestrigen Tages Herr von Thadden ist. Die Wahl dieses Bundespräsidenten, der eine ganz eindeutige Haltung z. B. zur Bundeswehr, zum Verteidigungsbeitrag und ähnlichen Fragen hat, wirkt in bestimmten Kreisen alarmierend. Das ist der große Bereich der Soldaten und aller derer, die sich der Bundeswehr verpflichtet fühlen. Aber auch im Bereich der Bauern und anderer wird diese Wahl ihre Auswirkungen haben. Wir sollten uns überlegen, wie wir einer Entwicklung vorbeugen, die, wenn wir sie nicht auffangen, mit tödlicher Sicherheit zu einer Wahl einer ausreichenden Zahl von Abgeordneten der NPD in den Bundestag

führen wird. Der Weg, die 5%-Klausel zu übersteigen, ist durch die gestrige Entscheidung erleichtert worden. Und deshalb sollten wir überlegen, inwieweit wir sehr vorsichtig und sehr behutsam die nationale Komponente unseres Denkens und unseres Verhaltens stärker vielleicht als bisher betonen und unter diesen Aspekten auch unbeschadet der großen Bedeutung des Problems der Verjährung an die innenpolitischen Auswirkungen stärker denken, als wir es gestern oder vorgestern noch getan haben.

2. Sicherlich hängt der Erfolg der nächsten Bundestagswahl, Herr Bundeskanzler, entscheidend von dem Erfolg der von Ihnen geführten Regierung ab. Aber als Parteivorsitzender müßten Sie von gestern oder von heute an in den Möglichkeiten, klare Gegenpositionen zu beziehen, und zwar nicht nur zur FDP, sondern auch ganz entscheidend zur SPD, freier denken. Sie müssen diese Partei jetzt, die sehr ungebärdig an dem Regierungszügel gehalten wird, als Partei freigeben, um sich zu behaupten, und zwar mit dem ganz klaren Ziel, eine eindeutige Mehrheit bei der Bundestagswahl zu erreichen. Die Partei braucht jetzt wieder den Enthusiasmus und auch den Siegeswillen, der sie in der letzten Zeit gerade bei Schwierigkeiten ausgezeichnet hat.

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler, ich glaube auch, daß wir sehr sorgfältig jetzt uns darauf einstellen müssen, wie wir in den neuralgischen Punkten die letzten drei Monate bis vier Monate im Bundestag und in der Bundesregierung bestehen. Die Stichworte sind schon genannt. Das ist das Thema Verjährung. Das ist auch das Thema Sozialpolitik und Lohnfortzahlung. Es sind in diesen Tagen gewisse isolierte Vorentscheidungen der CDU/CSU getroffen worden, die noch gewisse Probleme aufwerfen. Es gibt, wenn ich das richtig sehe, noch einige Grundsatzentscheidungen, wie wir jetzt in der Lohnfortzahlung vorangehen, ohne daß wir ganz sicher wissen, wie wir in der Lohnfortzahlung und Krankenversicherungsreform herauskommen wollen. Das ist sicher für die Meinungsbildung bestimmter Gruppen eine wesentliche Frage, wie wir da herauskommen werden. Und die Schwierigkeit liegt darin, wie wir eine Mehrheit auch für die andere Komponente da schaffen wollen. Und das ist also unser Problem, bevor wir uns also zu einem endgültigen Vorgehen hier entscheiden. Ich glaube auch, daß wir in der Frage der Verjährung eine Position beziehen müssen, und zwar in einer gewissen Distanz zum Justizminister.<sup>14</sup> Wir müssen auch die ganzen anderen Bestrebungen des Justizministers, die eine gewisse Unruhe verursachen, das ganze Strafrecht mit den augenblicklich akuten Vorgängen um die Hochschulen usw. zu liberalisieren, sehr sorgfältig angehen. Ich habe den Eindruck, daß der Justizminister teilweise am Kabinett vorbei direkt mit dem Sonderausschuß des Bundestags hier Absprachen trifft, die meines Erachtens sehr kritisch betrachtet werden müssen. Und schließlich müssen wir auch, Herr Bundeskanzler, dafür sorgen – das ist mehr eine Frage zwischen Bund und Ländern –, daß wir jetzt die Frage der Finanzreform zu einem guten Abschluß bringen.<sup>15</sup> In einigen

14 Gustav Heinemann (Bundesjustizminister 1. Dezember 1966 bis 26. März 1969).

15 Am 20. März 1969 erfolgte die Beratung über das Finanzreformgesetz (Drs. V/3896 vom 26. Februar 1969), das mit 359:57 Stimmen angenommen wurde (Sten.Ber. 5. WP 222. Sitzung S. 12056–12066). – „Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz)“ vom 12. Mai 1969, BGBI 1969 I S. 359.

Punkten wird sicher auch eine klare Mehrheit über den Bundestag und Bundesrat akzeptiert. In anderen wesentlichen Punkten sind die Mehrheiten so knapp, daß es nicht sicher ist, ob Bundestag oder Bundesrat in diesen Fragen eine Zweidrittelmehrheit ergeben. Ich halte es deshalb für ganz entscheidend, daß Sie als Regierungschef und Parteivorsitzender, aber auch der Finanzminister als Parteivorsitzender und als verantwortlicher Ressortminister, auf der Ebene der CDU/CSU jetzt die abschließende Klärung herbeiführen. Ich habe an einem Teil der Verhandlungen teilgenommen und muß sagen, daß dies noch keineswegs im Rahmen der CDU/CSU geklärt ist im steuerlichen Teil. Ich muß das besonders erwähnen, weil dieser Punkt natürlich für die Bewertung unserer Partei, aber etwa auch für die des Bundesfinanzministers persönlich eine ganz entscheidende Rolle in den kommenden Monaten spielt, in denen es darauf ankommt, ein einigermaßen überzeugendes Konzept vorzulegen.

*Kiesinger:* Das hängt zusammen mit dem, was Sie sagten, Herr Dufhues. Ja, ich muß natürlich noch eine ganze Weile an dem, was wir uns vorgenommen haben als Partei, arbeiten. Das sind vor allem die Dinge, die entscheidend sind für die Wahlen. Wir können durchaus zufrieden sein mit dem, was bisher dabei herausgekommen ist, und es könnte durchaus sein, daß wir das bald hinter uns haben. Aber wir müssen dabei dann natürlich auch zusammenhalten. Und wie ich die Stimmung in der Fraktion kenne, sieht sie das Problem auch realistisch. Aber Sie haben Recht, das ist das Wichtigste, was wir tun müssen. (*Lebhafte Unruhe. – Zwischenruf von Ministerpräsident Dr. Lemke.*) Dann kommt natürlich die Frage der Verjährung. Die Entscheidung muß getroffen werden. So ganz einfach ist das nicht. Ich glaube, daß die Entscheidung über den Atomsperrvertrag noch hinausgeschoben werden kann. Und dann sind wir fertig mit den politischen Entscheidungen, und dann kann das beginnen, was Sie hier angeschnitten haben. Aber man kann nicht mitten in der praktischen Arbeit über diese Dinge einen Krieg anfangen und dadurch das gefährden, was man uns anlasten würde. Da heißt es dann, der Bundeskanzler hat das nicht geschafft. Das darf nicht geschehen. Wir haben noch genug Zeit.

*Schwarzhaft:* Für die Entscheidung der Wähler im September wird außer diesen vielen einzelnen Problemen, mit denen wir eben fertig werden müssen, ja auch das Gesamtbild der CDU entscheidend sein. Da scheint mir von den Parolen gegen uns die wirksamste die zu sein, es muß eine Wachablösung kommen, die CDU ist veraltet, sie ist altmodisch. Es muß ein neuer Wind in die Bundespolitik. Und da sind die Ansätze, die wir auf dem letzten Bundesparteitag<sup>16</sup> hatten, in der breiten Öffentlichkeit als eine sich modernisierende Partei zu erscheinen, so etwas verlaufen. Damals hatten wir ja auch in der Presse einen ziemlich großen Widerhall damit. Aber das verläuft sich sehr. Und ich glaube, es wäre wichtig, daß wir dies gelegentlich aufgreifen, nicht mit Worten des Parteiprogramms, sondern mit einzelnen Problemen. Also ein Problem, wo wir sagen können, hier geht es von uns aus mit Anstößen voran, das ist das Bund-Länder-Verhältnis.

---

16 16. Bundesparteitag der CDU vom 4.–7. November 1968 in Berlin.

Es ist da auch noch etwas anderes. Die FDP wird getragen von einer etwas antiklerikalen Welle, die ja in weiten Kreisen der Gebildeten plötzlich entsteht. Ich glaube, es wäre unsere Sache, eine Antwort darauf zu geben. Wir müssen etwas davon sagen, wie wir darauf antworten, d. h., daß wir die Modernisierung und die Veränderungen, die sich in den Kirchen entwickeln, in einer bestimmten Weise mit aufgreifen. Ich war in der letzten Zeit bei ein paar Besprechungen zwischen Protestant und Katholiken dabei über Ehrechtsreform, Strafrechtsreform usw. Da ist wirklich eine ganz neue Einigkeit möglich. Das ist eine ganz neue Basis. Und daß wir an dieser Entwicklung nicht vorbeigehen und wir nicht die ewig sturen Altklerikalen bleiben, das muß in der Öffentlichkeit viel mehr gesagt werden. Das wäre die Aufgabe der Partei, hier einmal deutlich zu machen, daß die Veränderungen, die in den Kirchen vor sich gehen, in einer gewissen Position unter Ausschaltung der Radikalinsiks auf beiden Seiten von der CDU mitgetragen werden. Gerade von der CDU als Union weiß die Öffentlichkeit zu wenig, und das könnte für das Bild, das wir für den etwas allgemein urteilenden Wähler haben, günstig sein.

*Kiesinger:* Das ist eine merkwürdige Sache. Unser eigenes Reservoir sind immer noch die Leute, die die Frage Modernität usw. gar nicht berührt. Das sehen Sie ja doch aus den Ergebnissen der letzten Wahlen. Wir haben teilweise durchaus ganz neue Schichten erobert. Während die katholischen Hochburgen abschmolzen, etwa in Baden-Württemberg, haben wir neue Schichten von Arbeitern in Industriegebieten erobert, nicht etwa weil sie uns für altmodisch hielten, sondern weil sie sagten, mit denen sind wir gut gefahren. Das ist so das weitverbreitete Gefühl. Das ist das eine. Und deswegen ist für den wirklichen Erfolg das das Wichtigste: das Gefühl der Sicherheit von innen her und das, was dazu gehört. Das, was Sie sagen, ist ganz ohne Zweifel wichtig für eine gewisse Schicht, die man ja auch noch gerne bei sich hat und die dann mithelfen kann. Ich will das nur sagen, damit wir nicht meinen, wir müßten auf alle Fälle und mit riesiger Anstrengung ein völlig neues Image der CDU schaffen. Sonst bin ich mit Ihnen völlig einig.

*Schmücker:* Herr Bundeskanzler! Nur weil dieses Gebiet bisher nicht erwähnt worden ist, darf ich vielleicht erwähnen, daß wir bis jetzt kein Wort, kein Schlagwort, für die Wirtschaft gefunden haben. Hier liegt eine unserer schwierigsten Aufgaben, weil wir es zugelassen haben, daß mit anmaßenden Argumenten und mit wahrheitswidrigen Erklärungen Herr Schiller sich in eine Position hineingebracht hat, die ihm nach meiner Meinung bei aller Tüchtigkeit nicht zukommt. Und wir müssen darauf hinweisen, daß die Konjunkturprogramme insgesamt nicht zu einer nennenswerten Ausweitung der Haushalte geführt haben. Daß es also gar nicht richtig sein kann, daß von dorther die Konjunktur angeheizt worden ist, sondern daß es die wiedergewonnenen soliden Kräfte der Rezession gewesen sind, was wir immer behauptet haben, die stabilisierenden Kräfte, die zum Wiederaufschwung geführt haben. Das aber wird in der Öffentlichkeit nicht diskutiert, auch deswegen nicht diskutiert, weil es von uns, auch, Herr Bundeskanzler, von Ihnen nicht ausreichend vertreten wird. Wir haben innerhalb der Partei eine sehr harte Auseinandersetzung darüber. Sie werden in der Haushaltsdebatte erleben, daß die

Kollegen bereits den Kalender aufzählen. Denn von den Prognosen des Herrn Schiller ist bisher nicht eine einzige eingetroffen. Alles, was er vorausgesagt hatte, mußte er sehr bald wieder korrigieren. Nun ist der Wirtschaftsausschuß da herangegangen, und ich hörte zu meinem großen Erstaunen, daß mit den Vorarbeiten Herr Giersch<sup>17</sup> beauftragt worden ist. Daraufhin sagt mindestens die Hälfte des Ausschusses, man hätte Herrn Schiller unmittelbar beauftragen können. Ich sage dieses deswegen, weil Sie damit rechnen müssen, daß noch vor den Wahlen eine Auseinandersetzung darüber stattfindet. Und wir müssen uns entscheiden, und wir müssen auch die wirtschaftspolitische Debatte führen, denn sonst werden wir in diesen Bereichen sehr viele Anhänger verlieren. Davor möchte ich warnen, da schon sehr stark die Klage zu hören ist, daß diese Partei auch schon früher kein echtes Verhältnis zur Wirtschaftspolitik gehabt hat.

*Kiesinger:* Lieber Herr Schmücker! Nun haben wir die ganze Zeit zusammen abgerissen. Sie haben alles mitgemacht, was in diesem Kabinett beschlossen worden ist, nachdrücklich, mit Überzeugung. Was soll nun diese Rede? Wollen Sie denn aus der Welt reden, was das Volk glaubt, daß diese Regierung das Volk vor einer schweren wirtschaftlichen Gefahr bewahrt hat? Das Volk glaubt das, und das ist doch gut so. Daß dabei Herr Schiller als Wirtschaftsminister seinen Teil abbekommt, nun gut, aber letzten Endes kommt es doch wieder mal der CDU zugute. Was hat die Politik der Regierung eigentlich erreicht auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik? Sie hat erreicht – und das, glaube ich, ist nicht zu leugnen –, daß mit ihren Maßnahmen die Entwicklung, also die Wiederbesserung der wirtschaftlichen Situation, etwa um ein halbes Jahr beschleunigt worden ist. Und gerade dieses halbe Jahr ist ganz entscheidend gewesen. Was in einem halben Jahr an Vertrauen verlorengehen kann, haben wir doch gesehen. Was ist denn dem Erhard passiert? Ausgerechnet ihm, auf den das deutsche Volk vertraut hat als den Mann. Man hat ihm doch nicht seine Außenpolitik übelgenommen. Nein, man war nicht mehr überzeugt davon, daß er unsere Wirtschaft so steuert, wie das notwendig war. Das war doch seine tragische Krise. Wir können doch also gar nicht jetzt anfangen, diesen Erfolg zerreden zu wollen. Was wir tun können ist nur, gegenüber dem Herrn Schiller einiges richtigzustellen. Ich habe nicht umsonst gesagt „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten“<sup>18</sup>. Ich habe immer gesagt, wir werden das schon richtig machen gegenüber dem einen oder dem anderen Extrem. Und das müssen wir ausnützen, statt nun wirtschaftspolitisch in der breiten Propaganda für die Wahlen

17 Prof. Dr. Herbert Giersch (geb. 1921), Volkswirtschaftler; 1951–1955 Privatdozent in Münster, 1953/54 Abteilungsleiter bei der Handels- und Finanzdirektion der OEEC, 1955–1969 o. Professor und Direktor des Universitätsinstituts für vergleichende Nationalökonomie und Statistik an der Universität Saarbrücken, ab 1961 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums, 1963–1971 Mitglied im Beirat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1964–1970 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, 1969–1989 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft und Professor an der Universität Kiel. – Abschied von der Nationalökonomie. Wirtschaften im weltweiten Wettbewerb. Frankfurt/Main 2001.

18 Die letzten beiden Zeilen aus dem Gedicht „Diné zu Coblenz“ (1774) von Johann Wolfgang von Goethe.

unsere eigenen Dinge, die wir mitgemacht haben, Sie und ich, an praktischen Maßnahmen zu kritisieren. Wie stünden wir denn vor diesem Volk da? Das einzige, was wir tun können, ist zu sagen: Was, diese Politik soll Herr Schiller und nur Herr Schiller gemacht haben? Und da müssen wir sagen, wie die Zusammenhänge sind, was der Finanzminister tut und was schließlich das ganze Kabinett tut. Darauf kommt es doch an. Wir haben ihm ja wirtschaftspolitisch schon ein bißchen die Schau weggenommen, wie Sie sich erinnern werden, als er Formulierungen gebrauchte, mit denen er vor der Geschichte seine eigenen Prognosen rechtfertigen wollte und haben ihm das ausgestrichen. Aber ich würde das als den schwersten Fehler ansehen, wenn wir all das, was allgemein die Bevölkerung uns als Erfolg anrechnet, in Frage stellen. Die Bevölkerung versteht doch von diesen Dingen nichts. Die sagt nur, wir haben unsere Arbeit, wir haben unseren sicheren Arbeitsplatz. (Schmücker: Nur die Preise dürfen nicht steigen.) Sehr richtig! Was wir dagegen tun müssen ist, daß wir jetzt als diejenigen auftreten, die sich zum Wächter der Stabilität machen gegen Überhitzungsversuche.

*Schmücker:* Herr Bundeskanzler! Ich hatte darauf hingewiesen, daß Herr Schiller in einer anmaßenden Weise alles auf sich bezieht und daß er darüber hinaus Gesetze als seine Leistung herausstellt, die noch in die Zeit Erhards fallen. Darüber hinaus bin ich der Meinung, daß Herr Schiller ein Sozialist ist und daß seine ganzen Bemühungen darauf hinausgehen, daß eine Einheitsgesellschaft kommt.

*Kiesinger:* Lieber Herr Schmücker! Ich will keinen Streit mit Ihnen anfangen. Aber es gab im Kabinett nicht eine einzige Entscheidung, der Sie widersprochen haben, keine einzige wirtschaftspolitische Entscheidung. Das ist doch die Situation, und Sie haben auch gar keinen Grund, sich dessen zu schämen. Wir sind da, wo es notwendig war, dem Herrn Schiller in den Arm gefallen. Wir haben seine dritte Konjunkturspritze abgewehrt, wir haben dieses und jenes getan. Immer wenn er übertreiben wollte, haben wir ihn doch gestoppt. Ich bin ja mit Ihnen völlig einig, daß wir ihm nicht in der Öffentlichkeit die Lorbeeren überlassen. Das ist etwas völlig anderes. Die Entwicklung dieser letzten 2½ Jahre hat mich sehr viel gelehrt. Sie hat mich gelehrt, wie wirklich wichtig unsere Ausgangsposition war, wie schwierig es ist, wenn man anfängt zu manipulieren, wie schwierig dann die Situation wird. Denn jetzt im Moment stehen wir – und das ist auch wieder eine der politischen Entscheidungen, die wir an unsere Fahnen heften müssen – wieder vor der Notwendigkeit, dämpfende Maßnahmen ergreifen zu müssen. Das eine führt notwendig zum anderen. Und wenn man sich auf den Pfaden des Herrn Schiller wirklich vorwärtsbewegen würde, dann würde man in eine ununterbrochene Serie dirigistischer Maßnahmen hineinkommen. Also ich bin sachlich mit ihm einig, aber im übrigen bin ich der Meinung, wir sollten doch das, was das Volk allgemein dankbar anerkennt – mögen sie es sogar falsch glauben, mögen sie glauben, wir hätten die deutsche Wirtschaft vor einem vollkommenen Zusammenbruch gerettet –, daß wir das doch nicht weggeben. Im übrigen halte ich das Zänkische in der Auseinandersetzung für eine große Gefahr. Schiller ist nun mal populär geworden. Das ist nicht zu verhindern als Wirtschaftsminister. Aber nun anfangen zu sagen, der Mann ist ja ein verkappter Sozia-

list, das können Sie sich denken, aber ja nicht sagen in der breiten Öffentlichkeit. Das wird uns nicht abgenommen.

*Stoltenberg*: Herr Bundeskanzler! Ich wollte nur sagen, wir müssen unterscheiden zwischen dem, was geschehen ist, was wir gemeinsam vertreten und dem Programm für die Zukunft. Da scheint mir allerdings eine sehr grundsätzliche Auseinandersetzung mit Schiller und gewissen Tendenzen doch möglich zu sein. Wir können nicht über das Vergangene mit ihm rechten, das ist völlig klar. Aber wenn wir gewisse Vorstellungen über die Zukunft der Wirtschaft haben, dann sollten wir doch diese Auseinandersetzungen auch in einer geeigneten Form mit ihm führen.

*Kiesinger*: Ich möchte nur verhindern, daß wir selber unglaublich werden, denn ich habe in jeder Rede, in jeder Stellungnahme zu Wirtschaftsproblemen immer die gewaltigen Leistungen des Bundesfinanzministers herausgestrichen.

Zum Tagesordnungspunkt 1 haben wir keine weiteren Wortmeldungen. –

2. Tagesordnungspunkt:

#### AN DEN BUNDESVORSTAND ÜBERWIESENE ANTRÄGE DES BUNDESPARTEITAGS 1968

*Heck*: Die Lohnfortzahlung ist angesprochen worden. Ich darf daran erinnern, daß auf dem Parteitag in Berlin ganz klar die Willensäußerung des Parteitags getroffen worden ist, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle nur in Verbindung mit der Krankenkasenreform durchzuführen. Nun gehöre ich nicht zu den Leuten, die da sagen, der Parteitag beschließt und die Fraktion ist dann total gebunden. Aber ich glaube, wir müssen langsam auch zu einem Verhältnis zwischen Fraktion und Partei kommen. Wenn die Fraktion zu der Auffassung kommen sollte, daß ihre Entscheidung mit den Beschlüssen des Parteitags nicht in Einklang zu bringen ist, sollte wenigstens der Parteivorstand zwischengeschaltet werden.

*Kiesinger*: Einverstanden. Ich möchte nur nicht haben, daß wir, indem wir die Sache vorwärtsstreiben, die ja bei uns schon ein unguter Kompromiß war, daß wir uns damit noch belasten, denn auch unser Kompromiß ist ja auf heftigen Widerstand gestoßen. (Lebhafte Unruhe. – Weitere Ausführungen dadurch unverständlich.)

*Filbinger*: Ich möchte noch unterstreichen, was vorhin von Herrn Stoltenberg angesprochen worden ist. Ich würde auch meinen, es sollte jetzt die Fraktion der CDU des Bundestags rasch sich der Materie der Finanzreform bemächtigen, und zwar in einer führenden Art und Weise. Ich hörte von Herrn Barzel, daß erst in 14 Tagen bis drei Wochen die CDU-Fraktion darüber beraten will. Das ist zu spät für die Finanzreform, denn mittlerweile hat Herr Alex Möller, der ja im Vermittlungsausschuß des Finanzausschusses mitgewirkt hat, schon in der Bundespressekonferenz sehr stark versucht, diese Feder an seinen Hut zu stecken.<sup>19</sup> Denn in Wirklichkeit ist das nicht sein Konzept, sondern das, was wir erarbeitet haben. Und es wäre sehr, sehr schade, wenn die SPD versuchen würde, dies als ihr Konzept herauszustellen. Die Ergebnisse sind, glaube ich, so, daß

<sup>19</sup> Möller äußerte sich am 27. Februar 1969 zu den Aussichten der Finanzreform, vgl. „Mannheimer Morgen“ vom 28. Februar 1969 „Ist die Finanzreform gerettet?“.

man sie tolerieren kann. Es wäre aber schade, wenn die CDU-Fraktion nun hinterherhinkt nach einigen Wochen. Mittlerweile würde dann in der Öffentlichkeit die SPD als die Trägerin dieser Konzeption in Erscheinung treten, und das ist sie nicht. Und deshalb braucht sie den Erfolg auch nicht zu haben.

Das Zweite, was ich noch sagen wollte: Ich würde sehr die Bemühungen des Herrn Bundeskanzlers unterstreichen, die in der Bund-Länder-Kommission unternommen worden sind in zwei Richtungen. Einmal Reformpolitik an den Hochschulen, Länder gemeinsam mit dem Bund, und zum anderen die Ordnungskomponente. Es ist ja draußen bei unseren Freunden ein Thema sehr beherrschend und bei der breiten Bevölkerung, nämlich die Sorge wegen der Unruhen auf den Hochschulen. Das ist eine Sache, die uns im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg bei den Wahlen den Anstieg der NPD gebracht hat. Und ich meine, es wäre außerordentlich gefährlich, wenn das nicht in den kommenden Monaten – und wir bekommen nach den Ankündigungen des SDS einen heißen Sommer an den Universitäten – rechtzeitig abgebogen werden würde. Dann würde der Bürger sich fragen, was ist eigentlich los? Wer beherrscht die Straßen? Wer beherrscht die Universitäten? Und es würde sich die vorhin mit Recht angesprochene Gefahr eines Trends zur NPD realisieren. Wenn die CDU jetzt in dieser Richtung Profil ergreift, wenn sie sehr stark Bund und Länder in der Ordnungskomponente der Reform betont, dann würde ich meinen, hätte die CDU die Aussicht, alle jene, die besorgt sind wegen eines möglichen Links-Rückes, zu sich herüberzuholen. Ich glaube, der Links-Rück würde jetzt, gefördert durch das Ereignis von gestern, eine Reaktion nach rechts auslösen. Und es hängt von uns ab, ob wir dafür sorgen, daß die Leute bei uns still werden, weil sie das Vertrauen wiedergewonnen haben, daß die CDU in der Lage ist, die Ordnungsdinge zu erledigen. Ich würde also sehr darum bitten, daß wir auch in den Verlautbarungen der CDU diese beiden Komponenten deutlich machen.

*Gradl:* Zu einem ganz anderen Thema, ich fasse mich ganz kurz. Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, wer von Ihnen allen hier in den letzten 14 Tagen Gelegenheit hatte, die Kommentare im Fernsehen zu dem Thema Bundesversammlung in Berlin zu hören, wer insbesondere den Kommentar von Dieter Gütt am Montagabend im Fernsehen gehört hat.<sup>20</sup> Ich will das jetzt nicht ausweiten. Ich will nur sagen, dies ist nun wirklich unerträglich. Und die Leute, die man spricht und die einen daraufhin ansprechen, sagen, ist das denn möglich, daß in einer solchen Situation vom Deutschen Fernsehen in einer Weise gesprochen wird, die nur den Zielvorstellungen der Gegenseite entspricht? Müßt ihr euch denn das gefallen lassen? So reagieren die Leute. Und wenn man dann sagt, die sind ja autonom, dann heißt es, ja, aber ihr habt doch da eure Leute sitzen. Ich weiß, wie schwer das ist, aber, Herr Bundeskanzler, wenn wir nichts unternehmen, wenn wir resigniert zusehen, dann betreiben sie das in dem kommenden halben Jahr auf innenpolitischem Gebiet noch viel intensiver, als sie es bisher getan haben. Ich meine, wir sollten nun wirklich einmal die Leute von uns, die in den Fernsehbeiräten sitzen, heranzie-

---

20 Kommentar vom 3. März 1969. Auszug in der Kommentarübersicht des BPA Nr. 43 vom 4. März 1969 (ACDP 01-226-284).

hen. Sie müßten sie mal kommen lassen, und dann muß Druck ausgeübt werden, moralischer Druck auf die Intendanten. Dies ist so unerträglich.

*Kiesinger:* Diese Dinge habe ich auch z. T. gehört von Dieter Gütt. Wir wissen, was das für ein Mann ist. Der ereifert sich gegen die CDU in den unmöglichsten Kommentaren. Aber es gibt da auch andere. Ich habe mit Müggenburg<sup>21</sup> eine Sendung gemacht, das schlägt hinein ins Volk. Wie der beim Nixon-Besuch<sup>22</sup> gesagt hat, hier habe sich wieder einmal die Ohnmacht der APO gezeigt, das war ein starkes Stück. Sofort rief der Gütt, der der Moderator dieser Sendung ist, an, während ich da war und protestierte, worauf wir aber ganz wacker sagten, du hast uns da nichts vorzuschreiben, du bist zwar der Arrangeur, aber wir sagen, was wir wollen. Und wenn Sie die sämtlichen Sendungen des Fernsehens in der letzten Zeit verfolgen, dann ist die Bilanz viel positiver als diese negativen Kommentare. Zum Beispiel die Sendungen im Zweiten Deutschen Fernsehen, mit welcher Bereitschaft mitzugehen das gemacht wurde. Man muß ja die Wirkung des Fernsehens insgesamt sehen. Und es wird uns nicht gelingen, Herr Dr. Gradl, alle diese Beleidigungen auszuschalten. Worauf wir aber achten sollten, das ist die Gesamtwirkung. Und die Gesamtwirkung war in diesem Falle ohne Zweifel für Berlin positiv.

*Heck:* Jetzt möchte ich doch mal sagen, daß es, glaube ich, nützlich wäre, mal zu überlegen, wie viele ausgesprochene Moderatoren von uns in den Aufsichtsgremien sitzen, die weder Muh noch Mäh sagen. Die müssen wir einfach jetzt bei der nächsten Gelegenheit rigoros rausschmeißen. Wir können nicht so weitermachen auf diesem Felde wie bisher. Das ist einfach notwendig. Wir wissen, daß diese Intellektuellen in der Exekutive der Anstalten ein starkes Wort mitsprechen und sehr einseitig sind. Aber dann muß von den Aufsichtsgremien der Gegengehalt kommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Intendant das so ganz gleichgültig auf die Seite schiebt, wenn er regelmäßig von seinen Aufsichtsgremien ordentlich Zunder kriegt und wenn gesagt wird, die Sendungen wollen wir uns mal mit dem Intendanten zusammen ansehen. Dann soll er mal dazu Stellung nehmen. Ich habe neulich dem Bausch in Stuttgart gesagt, wir müssen mal alle Sendungen zusammenstellen, die ihr gebracht habt über die Studenten-Krawalle. Ihr dürft das nicht unterschlagen, aber es genügt doch im großen und ganzen, wenn ihr mitteilt, was wo passiert ist. Muß denn dauernd das im Bild gebracht werden? Da ist ja gar nichts zu unterschlagen, aber wenn irgendwo etwas passiert sind die Kerle

21 Günter Müggenburg (1926–2002), Journalist; 1948–1963 Redakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (ab 1955 Korrespondent in Bonn), 1963–1965 stv. Leiter des WDR-Fernsehstudios in Bonn, 1966–1970 Leiter des WDR-Studios Bonn und Chefkorrespondent der ARD, 1970–1973 Leiter des Asien-Büros der ARD, 1973–1977 Leiter des ARD-Studios Washington, 1978–1983 Mitglied der „ARD-aktuell“-Führungsspitze, 1984–1995 Generalbevollmächtigter für Neue Medien im WAZ-Pressekonzern. – Kiesinger gab am 27. Februar 1969 der ARD (DFS) ein Interview von 4 Minuten 35 Sekunden, am 28. Februar wurde eine 30minütige Sondersendung mit dem Kiesinger-Interview ausgestrahlt (vgl. BPA-Nachrichtenspiegel vom 27. und 28. Januar 1969 in ACDP 01–226–283).

22 Richard Nixon weilte im Rahmen seiner Europareise am 26. Februar in Bonn und am 27. Februar 1969 in West-Berlin. Vgl. AdG 1969 S. 14510–14513; AAPD 1969 Nr. 79, 80, 81.

mit ihren Kameras doch nur da, wo es Rabatz gibt. Ich finde, das muß man doch wirklich koordinieren.

*Kiesinger:* Also, meine Damen und Herren, nun wollen wir nicht in den alten Fehler verfallen, die Klagelieder, die wir seit Jahren anstimmen, hier zu wiederholen. Das kann ich schon gar nicht mehr hören. Wir haben das doch alles versucht von uns aus. Sehen Sie mal, Herr Dufhues sitzt in den Gremien drin, andere sitzen in den Gremien drin. Und wie ist denn die Wirklichkeit? Die Wirklichkeit ist tatsächlich so, daß wir die Gesamtwirkung des Fernsehens abmessen müssen. Die Gesamtwirkung des Fernsehens ist nicht so schlecht, wie dies viele von uns, die dann eine solche ärgerliche Sendung mithören, glauben. Dazu kommt dann die doch recht objektive Berichterstattung in den Tagesschauen, in den Nachrichten und den Berichten aus Bonn usw. (*Lemmer:* Gestern abend war sehr gut. Das war mein Schwiegersohn.<sup>23</sup> – *Heiterkeit.*) Wenn man den Gütt hört, wird einem schon schlecht. Dagegen die Kommentare von Matthias Walden<sup>24</sup> sind glanzvoll. Aber eines ist sicher richtig, wir dürfen es nicht aufgeben. Hier liegt ja alles bei den Ländern. Sie müssen Leute hereinnehmen, die sich auch zeitlich stärker dieser Dinge annehmen und die auch in der Sache wirklich etwas verstehen davon. Was Intendanten und Programmdirektoren anlangt, ich habe die Programmdirektoren bei mir, ich habe demnächst die Intendanten bei mir. Das sind längst Herrscher ohne Macht geworden. Die einzelnen Redaktionen haben sich so verselbständigt. Die Burschen sind so gesichert durch kündigungslose Verträge, durch eine gesicherte Altersversorgung, daß auf die nichts mehr Eindruck macht. Und nun die berühmte Geschichte, sie sollen verschweigen. Sie sollen einfach das nicht immer aufnehmen. Ich bin auch der Meinung, wir müssen immer wieder drängen, wir müssen immer wieder sagen, daß sie nicht jedem einzelnen Krawall nachlaufen. Aber natürlich kämpfen wir da gegen eine Art Lebensprinzip dieser Institution. Also es wird nicht sehr leicht sein, da etwas zu tun. Ich habe meinen Beitrag jetzt nur deswegen geleistet, weil ich gerade in den letzten Monaten das Fernsehen im großen und ganzen als eine recht beträchtliche Hilfe für uns empfunden habe. Und solche Leute wie Müggenburg oder Nowotny<sup>25</sup> oder Hübner<sup>26</sup> oder ..., die sind alle voll besten Willens.

23 Gerhard Löwenthal (1922–2002), Journalist; 1951 stv. Programmdirektor beim RIAS Berlin, 1954–1958 beim SFB, 1969–1987 Moderator des „ZDF-Magazins“. Memoiren: Ich bin geblieben. Erinnerungen. München 1987. – 1948 heiratete er Dr. med. Ingeborg Lemmer.

24 Pseudonym von Eugen Baron von Sass (1927–1984), Journalist; 1950–1956 Redakteur und Kommentator beim RIAS Berlin, 1956–1979 Chefkommentator und Chefredakteur beim SFB, 1981 Wechsel zum Axel-Springer-Verlag, Mitherausgeber der „Welt“.

25 Friedrich Nowotny (geb. 1929), Journalist; 1955 Redakteur der Bielefelder „Freien Presse“, 1962 Hauptabteilungsleiter für Wirtschafts- und Sozialpolitik des Saarländischen Rundfunks, 1967–1973 stv. Leiter des WDR-Fernsehstudios Bonn, 1973–1985 Chefkorrespondent der ARD und Leiter des WDR-Fernsehstudios Bonn, 1985–1995 Intendant des WDR.

26 Heinz Werner Hübner (1921–2005), Journalist; 1955–1963 Redakteur der Nachrichtenabteilung des WDR, 1963–1966 Ressortleiter Außenpolitik der Deutschen Welle, 1967–1972 stv. Chefredakteur beim WDR-Fernsehen, 1972–1977 ARD-Koordinator für Politik, Gesellschaft und Kultur, 1977–1985 Fernsehchef und Programmdirektor des WDR.

*Heck:* Wir haben nun aber einige Dinge zu erledigen, damit wir mit dem Tagesordnungspunkt 2 weiterkommen. Wir haben vom Parteitag einige Anträge erhalten, die dem Bundesvorstand der Partei zur Beschußfassung vorgelegt worden sind. Ich habe Ihnen diese Vorlagen abziehen lassen, und ich nehme an, daß sie gelesen worden sind. Infolgedessen erübrigt es sich, daß wir sie hier noch einmal vorlesen.

Antrag Nr. 1: Eine Vorlage, die vom Kreisverband in Köln gekommen ist, zielt darauf ab, die CDU soll eine fortschrittliche Volkspartei werden.<sup>27</sup> Ich glaube, hier wird man dem Kreisverband mitteilen, daß der Vorstand diese Intention sehr begrüßt. (*Heiterkeit. – Lebhafte Unruhe.*)

Antrag Nr. 2: Dann ist der Antrag gestellt worden von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die Bundestagsfraktion der CDU/CSU solle noch in dieser Legislaturperiode eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Wahlrechts einbringen. Das ist einfach un durchführbar. Man wird auf dem nächsten Parteitag dann sagen müssen, warum das nicht gemacht werden konnte.

Antrag Nr. 3: Hier wird die Intensivierung der Bindungen und Verbindungen zwischen den in der Bundesrepublik und den im anderen Teil Deutschlands lebenden Landsleuten mit konkreten Beispielen gefordert. Das war ursprünglich Bestandteil des Aktionsprogramms. Und wir waren der Auffassung, daß das sachlich im großen und ganzen alles gut ist, aber daß es einfach in den ganzen Duktus des Programms nicht hineingepaßt hätte, wenn wir in diesem einen Fall alles einzeln aufgeführt hätten, während wir sonst viel mehr bei globaleren Aussagen geblieben sind. Ich möchte vorschlagen, daß der Vorstand dies der Fraktion überweist und mit Nachdruck empfiehlt.

Antrag Nr. 4: Dieser Antrag greift im Grunde eine Initiative im Bundestag auf, nämlich einen Antrag von einem unserer Kollegen mit dem Ziel, die Weiterentwicklung des föderativen Systems zu fördern. Diese Sache ist, glaube ich, in der Fraktion weiterbehandelt worden. Das kann man meiner Ansicht nach auch nur formal an die Fraktion weitergeben. Ich glaube nicht, daß der Vorstand dazu von sich aus Stellung nehmen wird.

*Kiesinger:* Die Bundesregierung muß ja jetzt diese Große Anfrage<sup>28</sup> beantworten. Dafür hat das Innenministerium eine Sache vorbereitet, die ich noch nicht kenne. Ich werde mich über das Wochenende damit befassen. Natürlich ist es jetzt ein wenig leichter, wenn die Finanzreform und die anderen Geschichten, die miteingebracht worden sind, mit über die Bühne gehen. Das ist natürlich im Grunde genommen von unseren Leuten ein Streich gewesen. Diese Bundesregierung ist vor die Notwendigkeit gestellt worden, bis zur nächsten Wahl zu antworten.

<sup>27</sup> Anlage 1 behandelt Wahlrechtsfragen, Anlage 2 ist der Antrag des CDU-Kreisvorstands Köln, Anlage 3 stammt vom CDU-Landesverband Bremen, Anlage 4 geht auf einen Antrag des Bundestagsabgeordneten Stahlberg zurück (ACDP 07-004-124/2).

<sup>28</sup> Große Anfrage der Abgeordneten Lenz, Kiep, von Wrangel, Bremer, Marx, Stark, Häfele, Wörner und Genossen zur „Weiterentwicklung des föderativen Systems“ vom 27. Juni 1968 (Drs. V/3099). Die Antwort des Bundesinnenministers erfolgte am 20. März 1969 (Drs. V/4002).

*Heck*: Die Bundesregierung, die hier aufgefordert ist, noch in dieser Legislaturperiode ihren Standpunkt darzulegen, ist auf dem Wege, das zu tun, und ich werde diese Entschließung dann einfach noch den Landesregierungen zustellen zur Stellungnahme. Sie sehen aber hier, daß es falsch ist, auf einem Parteitag so viele Pläne und Fragen zu erörtern. Dann rennt die Zeit uns weg. Und dann fängt diese Schluderarbeit an, und man nimmt das Konzept des Parteitags nicht mehr ernst.

*Gradl*: Herr Bundeskanzler, zur Ehrenrettung dieser Kollegen, die diese Große Anfrage damals gestellt haben, muß ich schon sagen, wenn Sie sich die Begründung ansehen, die haben weiter nichts gemacht als ernst genommen, was Sie selber gesagt haben. Sie haben nämlich in dem Bericht über die Lage der Nation am 11. März 1968 gesagt, es sei unerlässlich und dringlich, dieses föderative System in einer Weise weiterzuentwickeln, daß usw.

*Kiesinger*: Lieber Herr Gradl, das habe ich gesagt. Den Bericht zur Lage der Nation habe ich gemacht. (*Gradl*: Eben, eben!) Und die SPD war sowieso böse, daß ich kein SPD-Mitglied gefragt habe, wie der Bericht zur Lage der Nation aussehen sollte. Und ich werde auch den diesjährigen am 17. Juni so machen.<sup>29</sup> Deswegen gab es doch die Schwierigkeiten. Ich kann hierzu eine Aussage machen, aber als Bundeskanzler, als Repräsentant dieser Regierung ist das sehr viel schwieriger. Da will ich weder zentralistische Vorstellungen der SPD, noch Besitzstandsvorstellungen der SPD mitübernehmen. Da liegt doch die Schwierigkeit.

*Heck*: Ich möchte rein theoretisch eines sagen. Ich glaube, wir müssen bei den Parteitagen darauf bestehen, daß Anträge bis zu einer bestimmten Frist gestellt werden, damit der Vorstand die Möglichkeit hat, diese Anträge vorher zu bearbeiten. Wenn man im Plenum überfallen wird mit Anträgen, dann kommt dieser Zeitpunkt, daß man einfach seine Ruhe haben will und verabschiedet. Ich glaube, das muß eben beschlossen werden von den zuständigen Gremien. Denn anders sehe ich keinen Weg, diese Leerlaufarbeit zu unterbinden.

*Gradl*: Aber was müßten wir dann beschließen? Wer müßte das beschließen?

*Heck*: Das Problem ist, wie man es mit dem Antragsrecht während eines Parteitags macht.

*Kraske*: Ich würde sagen, wir sollten einem Parteitag nicht völlig das Recht nehmen, aus der Beratung heraus Anträge zu stellen. Das kann ja auch angefochten werden. Das einzige, was Sie machen können, und das halte ich allerdings für eine klare Regel, ist, daß Sie Anträge, die bestimmte neue Tagesordnungspunkte enthalten – und dies wäre eine ganz andere Materie – konzipieren lassen und für die eine Frist setzen und daß dann auf dem Parteitag nur noch Anträge gestellt werden können zu Materien, die ohnehin in der Behandlung sind. Also eine Unterscheidung zwischen Hauptanträgen und Zusatzanträgen, wie immer man das nennen mag.

*Heck*: Man muß sich das auf alle Fälle sorgfältig überlegen. Das war ein Punkt, bei dem auf dem letzten Parteitag in Berlin ein bißchen geschludert worden ist. Aber wenn

29 Rede Kiesingers am 17. Juni 1969 im Deutschen Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 239. Sitzung S. 13246–13254.

das Schludern Methode wird, dann ist es einfach notwendig, daß wir anfangen, das in Ordnung zu bringen. Das hat mit Humor wenig zu tun.

Wird das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – 3. Tagesordnungspunkt:

#### STAND DER VORBEREITUNGEN ZUR BILDUNG EINER WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG

*Schmücker:* Meine Damen und Herren! Es ist ja allen bekannt – ich brauche auf die Vorgeschichte hier nicht näher einzugehen –, daß wir uns alle bemühen, den Wirtschaftsrat stärker an die Partei zu binden. Dafür gab es verschiedene Möglichkeiten.

1. Die Umänderung des Wirtschaftsrats in eine Vereinigung.
2. Die Gründung einer neuen Wirtschaftsvereinigung und den Wirtschaftsrat bestehen-zulassen.
3. Die Möglichkeit, Wirtschaftsrat und Wirtschaftsvereinigung miteinander zu verbin-den.

Ich selber habe die Auffassung immer vertreten, daß es nicht möglich sein könne, innerhalb der CDU zwei wirtschaftspolitisch tätige Vereinigungen nebeneinander zu ha-ben, weil das dann zu Reibungen und zu Doppelarbeit führen würde. Und die Erfahrung lehrt auch, daß diese Reibungen und Doppelarbeit in großem Ausmaße anfallen. Dieser Standpunkt wird nicht geteilt von den Freunden aus dem Rheinland, weder in der Mit-telstandsvereinigung, noch im Wirtschaftsrat, noch in der Wirtschaftsvereinigung. Das ist ganz leicht erklärbar, weil die Wirtschaftsstruktur des Rheinlandes wirklich ganz an-ders ist und auch das Personalangebot größer ist, so daß man sich dort einige Organisa-tionen nebeneinander leisten kann. Wieweit die Reibungen haben, das wollen wir hier nicht untersuchen. Tatsache aber ist, daß in den meisten Landesverbänden, weil dort die Wirtschaft doch nicht so organisiert ist, nicht so strukturiert ist wie im Rheinland, wir besser fahren, wenn alle in einer Vereinigung zusammenarbeiten. Wir können gar nicht unterscheiden beispielsweise im Land Niedersachsen in dem Ausmaße zwischen Groß-wirtschaft und mittlerer Wirtschaft. Diese Meinungen habe ich nicht versucht, auf einen Nenner bringen zu lassen. Darum haben wir versucht, dem Anliegen des Rheinlandes mög-lichst entgegenzukommen mit einer sogenannten Zwei-Säulen-Theorie, die bedeutet, daß wir eine Dachvereinigung haben, zu der dann korporativ gehören diejenigen, die mehr zum Wirtschaftsrat neigen, und diejenigen, die zur Wirtschaftsvereinigung ge-hören. Ich selber habe lange die Meinung vertreten, wir sollten keine korporative Mit-gliedschaft bei uns einführen. Ich habe mich damit nicht durchsetzen können, auch hier im Vorstand nicht, und ich habe mich dann auf den Boden der Tatsachen gestellt.

In Berlin sind nun Beschlüsse gefaßt worden, die eigentlich etwas widersprüchlich sind. Widersprüchlich deswegen, weil einerseits die korporative Mitgliedschaft ermög-licht worden ist durch die Formulierung – es war wenigstens die Absicht, sie zu ermög-lichen – und andererseits eine neue Wirtschaftsvereinigung im Statut aufgenommen worden ist. Wenn wir eine neue Wirtschaftsvereinigung haben als Auffangorganisation oder als Ersatzorganisation, brauchten wir ja keine korporative Mitgliedschaft zu er-

möglichen. Das also paßt nicht ganz. Aber sei es, wie es will. Der politische Wille der großen Mehrheit aller unserer Landesverbände, mit Ausnahme des Rheinlandes, sowohl im Wirtschaftsrat wie in der Mittelstandsvereinigung ist, einen Zusammenschluß durchzuführen, eine gemeinsame Vereinigung zu haben. Wir haben ein Rechtsgutachten eingeholt. Das hatte auch einigermaßen positive Aussagen, und wir glaubten, handeln zu können. Am Tage oder drei Tage, bevor es dann los ging, erhielten wir einen Brief<sup>30</sup>, daß das nur im Rahmen der Satzungen gelöst werden könne, was bedeuten würde, daß wir wahrscheinlich erst eine Wirtschaftsvereinigung zu gründen hätten und dann über eine Fusion reden könnten. Dieser Brief hat natürlich einige Verwirrung ausgelöst und auch einen Ärger, den wir dann aber sehr schnell beseitigen konnten. Der Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung haben daraufhin in getrennten Veranstaltungen erst einmal beschlossen, daß sie ihren politischen Willen dem Parteipräsidium und dem Vorstand mitteilen, eine gemeinsame Organisation zu bilden, daß sie dies tun wollen in einer Form, die natürlich von den Satzungen gedeckt werden muß, insoweit also möglicherweise der Verhandlungskommission freie Hand geben müßten, um die Satzungen exakt zu erfüllen. Die Auslegung der Satzung ist unterschiedlich erfolgt. Wir haben also Eventual-Beschlüsse gefaßt, um, wenn wir mit dem einfachen Weg der Direktfusion nicht zureckkommen, auch die andere Möglichkeit offen zu haben. Herr Kraske hat uns dann dringend empfohlen, wir sollten doch lieber zunächst die Wirtschaftsvereinigung gründen und dann die Fusion durchführen. Auch dieser Beschuß liegt sozusagen zur Auswahl vor. Sie sind beide mit ganz großen Mehrheiten gefaßt worden, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie nach diesen Informationen nun den Weg, der dafür vorgeschrieben ist, einleiten.

Ziel ist also, eine gemeinsame Vereinigung zu haben mit zwei Säulen, mit zwei Organisationen, die auch in der notwendigen Selbständigkeit ihre politischen Aufgaben erfüllen können. Wir hoffen, daß wir auf diese Art und Weise dann letzten Endes auch mit unseren rheinischen Freunden zu einem Kompromiß kommen, meinen aber, daß man aufgrund der besonderen Verhältnisse im Rheinland vielleicht dort mit der Organisation noch nicht so nachfolgen sollte, wie wir das auf der Bundesebene machen, sondern daß man dort die Organisationen aufrechterhalten soll.

Es bleibt dann noch die Schwierigkeit zu klären, ob ein Mitglied dieser Vereinigung eine Vereinigung ist als e.V. oder ob der Status dieser beiden Säulen geändert werden muß. Ich glaube, man sollte beide zu einem e.V. machen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir zubilligen würden, daß ich noch einige Zeit brauche, um die finanziellen Auswirkungen mir genau anzusehen. Als Bundes schatzmeister paßt es mir natürlich gar nicht, daß einzelne Organisationen oder auch der Wirtschaftsrat auf eigene Faust losgehen und zum Nachteil unserer Partiekasse für sich selber Gelder sammeln. Das muß ich koordinieren. Wenn ich aber alle Möglichkeiten ausnutzen will und sie wirklich der Partei zugute kommen lasse – und Sie werden

30 Schreiben von Werner Theisen an Heinrich Gewandt vom 25. Februar 1969 zur Vorbereitung der Delegiertenversammlung des Mittelstandskreises der CDU/CSU am 28. Februar 1969 in Bonn (ACDP 04-004-011/1).

mir unterstellen, daß ich mich bemühe, das auch zu realisieren –, dann ist in der Tat das Anhängen von e.V.s nicht nur hier sehr vorteilhaft. Der Gesetzgeber hat ja ohnehin uns eine Aufgabenlast aufgebürdet, die ich, zumindest wenn die Unterstützung an die Wahlkreise geht, den einzelnen Abgeordneten gern mal klargemacht hätte. Wenn wir hier nicht in dem Ausmaße arbeiten können, wie wir es gerne wollen, so liegt das daran, weil wir Gesetze haben, die uns sehr einengen. Ich erwähne dies deswegen, weil man nicht so einfach vom Tisch fegen sollte den Status e.V. Wir haben über diese Möglichkeit immer eine gute Chance, eine Spende einzubringen. Im Moment kommt es aber darauf an, daß ich Ihnen mitteile, daß sich mit überwältigender Mehrheit beide entschlossen haben, eine gemeinsame Vereinigung zu gründen. Das Verfahren ist so gewählt worden, wie Herr Kraske es gewünscht hat. Wir können aber auch den anderen Weg gehen. Dazu haben wir die Vollmacht bekommen.

*Meyers:* Ich habe den einstimmigen Beschuß des rheinischen Landesvorstands vorzutragen, der sich entschieden gegen diese Dinge wendet. (*Lebhafte Unruhe. – Weitere Ausführungen sind unverständlich.*) Das würde ein Umbiegen der Satzung bedeuten.

Zweitens hat der rheinische Vorstand juristische Bedenken, da nach § 2 des Parteiengesetzes nur natürliche Personen Mitglieder sein dürfen.<sup>31</sup> Hier sind aber auch Firmen teilweise Mitglieder, und das würde dem Parteiengesetz widersprechen.

Wir sind aber auch der Ansicht, daß bei einer Vielzahl von Persönlichkeiten, die wir haben, sie besser zum Zuge kommen, wenn wir die Möglichkeit haben, sie in Mittelstands- oder Wirtschaftsvereinigungen zusammenzufassen. Das alles hat also den rheinischen Vorstand bewogen, mich zu beauftragen, hier seine Stellungnahme darzulegen.

*Kraske:* Darf ich vielleicht zur Satzungslage ein paar Bemerkungen machen. Herr Schmücker hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Bundesparteitag zwei Beschlüsse gefaßt hat, die eigentlich mindestens in ihrer Intention sich widersprechen. Dem Bundesparteitag lag zunächst ein Antrag des Vorstands Ihres Kreises vor, im § 39 des Statuts die Worte „von Personen“ ersatzlos zu streichen. Im Statut hieß es früher: „Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse von Personen mit dem Ziel ...“. Dieses stand unserer Überlegung im Wege, die mal bezeichnet worden ist als Drei-Säulen-Theorie, eine Vereinigung mit drei Säulen: Wirtschaft, Mittelstand, freie Berufe. Damals, als das in der Vorstandssitzung so beschlossen worden ist<sup>32</sup>, sich man juristisch aber nicht im klaren war auch mit dem Hintergrund Parteiengesetz, ob man in das Statut hereinschreiben könne „sind Zusammenschlüsse von Personen und Gruppen“, kam man auf den für die CDU nicht ganz untypischen Ausweg, diese Frage offen zu lassen, indem man nicht etwa „Gruppen“ hineinschrieb, sondern „Personen“ strich. Ob das eine besonders kluge Lösung war, lasse ich mal dahingestellt. Es handelte sich immerhin um einen Beschuß dieses hohen Gremiums, den der Parteitag auch mit Mehrheit übernommen hat.

31 Formulierung § 2 Parteiengesetz (i. d. F. von 1969): „Mitglieder einer Partei können nur natürliche Personen sein“, § 2 I S. 2 „Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)“ vom 27. Juli 1967, BGBl 1967 I S. 774.

32 Vgl. Nr. 13 S. 606 f., Nr. 14 S. 642–645.

Parallel dazu gab es einen zweiten Antrag der CDU-Rheinland, die Liste der Vereinigungen in § 38 zu ergänzen. Und das wurde mit noch sehr viel größerer Mehrheit angenommen. Nun gibt es zwei Probleme. (Zwischenruf.) Ja, mit der Inaussichtstellung, die auch von Herrn Grundmann gegeben wurde, wenn es hier zwei Vereinigungen innerhalb der Partei gäbe – eine Wirtschafts- und eine Mittelstandsvereinigung –, könnten die dann ja auf der gleichen Basis sich begegnen.

Nun entstehen zwei Probleme. Ich würde sagen, das Problem, das Herr Schmücker hier dargestellt hat, ist in meinen Augen nicht das wichtigste und nicht das delikteste: die Frage, Wirtschaftsvereinigung und Mittelstand nebeneinander oder als gemeinsame Vereinigung. Hier gibt es in der Tat eine Tendenz zur rheinischen Partei, weil die soziologischen Verhältnisse in der rheinischen Mitgliedschaft ganz anders sind. Ich würde sagen, daß man über dieses Problem durchaus hinwegkommen kann, als diese beiden Vereinigungen auf Bundesebene fusionieren, es aber den Landesverbänden überlassen bleibt, die Vereinigung auf Landesebene weiter getrennt nebeneinander zu führen.

Aber das entscheidende politische Problem – und ich glaube, es hat gar keinen Zweck, dies hier zu verschweigen –, ist doch die Frage der Stellung des Wirtschaftsrats. Dieser rheinische Antrag zur Änderung des § 38 ist eindeutig gestellt worden, um den Wirtschaftsrat der CDU e.V. mit einer Sonderstellung außerhalb der Partei als Vereinigung in die Partei zu integrieren. Dieser Antrag war auch von der rheinischen Partei und den Sozialausschüssen bereits 1967 auf dem Parteitag in Braunschweig vorgelegt worden und wurde damals unmittelbar vor dem Parteitag zurückgezogen aufgrund einer Zusage unseres Freundes Scheufelen, daß diese Umwandlung in eine Vereinigung im Laufe des kommenden Jahres bis zum nächsten Parteitag erfolgen sollte.<sup>33</sup> Dies ist dann nicht erfolgt, sondern der Wirtschaftsrat hat seine Bemühungen umgelenkt auf diese Frage in Korporation als e.V. in eine gemeinsame Vereinigung. Und nun ergibt sich die Frage, und das ist, glaube ich, wenn ich Sie ergänzen darf, Herr Meyers, die Hauptfrage der rheinischen Partei, daß es ein heilloses Durcheinander gäbe, wenn es auf der einen Seite eine Wirtschaftsvereinigung innerhalb der Partei gäbe und wenn es daneben den Wirtschaftsrat der CDU e.V. am Rande oder außerhalb der Partei gäbe. Diese Frage spielt deswegen im Rheinland eine so große Rolle, weil es im Rheinland seit Jahren eine funktionierende Wirtschaftsvereinigung gibt und dieses wirklich in Richtung auf die Mitgliedschaft, aber auch in finanzieller Hinsicht nebeneinanderherläuft. Ich würde allerdings sagen, daß dieses Problem auch für die Gesamtpartei gilt und nicht nur für das Rheinland. Und ich würde außerdem sagen, daß die Konstruktion, die offenbar immer noch unseren Freunden im Wirtschaftsrat vorschwebt, sie könnten sich so eine Art Januskopf anschaffen, auf der einen Seite auf Parteitagen würden sie auftreten als Vereinigung nach § 39 des Statuts, als Vereinigung der CDU, ihren Spendern könnten sie aber auch gegenüber auftreten als bürgerlicher Verein mit einer vom Finanzamt bescheinigten Steuerabzugsfähigkeit. Ich persönlich habe große Bedenken, ob sich die CDU auf diese Konstruktion einlassen soll, die mindestens nach dem Sinn

---

33 Vgl. Nr. 22 Anm. 20.

des Parteiengesetzes unzulässig ist. Ob sich dazu ein Kläger findet, ist eine andere Frage. Aber daß es hier also Vereinigungen, e.V.s gibt, die einerseits nach Parteiengesetz leben und andererseits nach Vereinsrecht leben, würde ich für höchst bedenklich halten. Und ich glaube, auch dieses, Herr Schmücker, sollte man im Rahmen der künftigen Überlegungen, die jetzt anstehen, noch einmal sehr exakt juristisch prüfen lassen.

*Kohl:* Am letzten Sonntag fand in Mainz die Bundestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft statt.<sup>34</sup> Die Ausführungen, die Herr Dr. Kraske im letzten Drittel machte, waren dort Gegenstand sehr lebhafter, teilweise ungewöhnlich harter Diskussionen und Formulierungen. Man braucht gar kein Prophet zu sein. Der Kläger wird sich finden. Das kam doch ziemlich deutlich zum Ausdruck, die Sozialausschüsse werden sich mit dieser Regelung nicht abfinden. Es findet jetzt schon in aller Öffentlichkeit der typische Gedankenaustausch statt. Und für den nächsten Parteitag kann ich auch schon ziemlich konkret vorausprophetezen, geht diese Konstruktion mit der Begründung, die Sie eben gegeben haben, in die Brüche. Gerade auf einem Parteitag, der sich mit ziemlicher Sicherheit erneut mit der Mitbestimmungsfrage beschäftigen wird, wird von der Emotion her ein ganz ungewöhnlicher Einfluß genommen werden. Hinzu kommt, daß doch eine ganze Reihe von Mitgliedern bei uns dem Wirtschaftsrat absolut wohlwollend gegenüber eingestellt sind, aber jetzt einfach sagen, dann kommt auch wirklich zu uns, wenn wir praktisch einen Einfluß ausüben sollen.

Diese Sache kommt auf dem nächsten Parteitag mit absoluter Sicherheit hoch, und es gibt dann eine anders geartete Mehrheitssituation. Wenn man weiß, wie so etwas auf einem Parteitag wirkt, dann kann man das Abstimmungsergebnis schon mit ziemlicher Sicherheit voraussagen. (*Lebhafte Unruhe. – Weitere Ausführungen sind unverständlich.*)

*Heck:* Darf ich vielleicht doch noch ein paar Bemerkungen dazu machen, damit deutlich wird, daß das Problem doch noch sogar ein bißchen komplizierter ist. Der rheinischen Partei geht es, glaube ich, darum, sie hätte gerne hier eine Konstruktion, bei der die Organisation auf Kreisebene, auf Ebene der Landesverbände, ihre Fortsetzung auf der Bundesebene findet. Ob das lösbar ist oder nicht, übersehe ich im Augenblick nicht. Aber es geht in der Tat um etwas anderes. Der Wirtschaftsrat e.V. kann als solcher Gelder eintreiben, die er als Wirtschaftsverein der CDU in dem Umfange mit Sicherheit nicht eintreiben kann, weil dann die Spende nicht abzugfähig anerkannt werden kann. Und hier setzt das eigentliche politische Problem ein, nicht vom Rheinland her, sondern von den Sozialausschüssen. Die Sozialausschüsse sagen, hier wird eine Januskopf-Konstruktion gewählt, damit man möglichst viel Geld bekommt, um dann mit dem Gesicht der CDU einseitig Politik betreiben zu können. Und diesen Tatbestand, den schaf-

<sup>34</sup> 9. Bundestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft in der CDA am 2. März 1969 in Mainz unter dem Motto „Radikale Evolution“, vgl. „Rheinzeitung“ vom 3. März 1969 „Junge Arbeitnehmer in der CDU fordern weiter Investivlohn“; „Trierische Landeszeitung“ vom 3. März 1969 „Scharfe Kritik junger Arbeitnehmer am ‚Establishment‘“; FAZ vom 3. März 1969 „Junge Arbeitnehmer diskutieren Christentum und Marxismus“.

fen wir mit Kommissionssitzungen, die permanent tagen von heute bis zum nächsten Parteitag, nicht aus der Welt.

Ich habe schon vor einem Jahr empfohlen, man sollte sich durch den Kopf gehen lassen, wie wir das Finanzproblem auslegen können. Man braucht die Tätigkeit des Wirtschaftsrats nicht zu überschätzen, aber hier ist schon eine – wie ich meine – der Situation durchaus angemessene Organisationsform gefunden worden, um breite Kreise der Wirtschaft so im Vorhof der CDU anzusiedeln, die sonst vielleicht sich in anderen Vorhöfen angesiedelt hätten. Also das Problem als solches bleibt natürlich bestehen. Ob bisher der Wirtschaftsrat die Möglichkeit voll und ganz ausgenützt hat, das ist eine ganz andere Frage. Das ist eine Frage des Geschäftsführers in erster Linie.

*Schmucker:* Ich darf zunächst einmal noch sagen, daß sich die Wirtschaftsvereinigung der CDU auf Bundesebene konstituiert hat und daß ihr erster Beschuß gewesen ist, sich mit der Mittelstandsvereinigung zusammenzutun. Die Mittelstandsvereinigung ihrerseits hat ebenfalls diesen Beschuß zum Zusammengehen gefaßt. Diese Beschlüsse liegen vor.<sup>35</sup> Ich bin ermächtigt worden, die satzungsgemäße Form zu finden. Und darüber müßte jetzt eine Kommission, ein kleiner Kreis, zusammentreten. Aber ich bin nicht der Meinung, daß das vertagt werden kann. Wir können es uns nicht erlauben, die werbende Wirkung des Wirtschaftsrats nun einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Denn auch er hat ja in gewissen Kreisen eine starke Resonanz, die wir für unsere Partei benötigen. Das ist unterschiedlich in den einzelnen Gegenden, das bestreite ich ja auch nicht. Aber man kann eine Wirtschaftsvereinigung gründen, und diese Wirtschaftsvereinigung kann sich mit einer anderen zusammentun. Das kann kein Mensch verhindern.

Die nächste Frage ist die, wie ist es mit der korporativen Mitgliedschaft? Ich muß sagen, ich bin ein bißchen erstaunt darüber. Ich habe zwei Jahre lang mit Nachdruck den Standpunkt vertreten „keine korporative Mitgliedschaft“. Dann bin ich überstimmt worden und habe mich auf den Boden der Tatsachen gestellt, und heute soll ich wieder umschwenken. Das geht doch von heute auf morgen auch nicht.

Das Nächste ist: Die Freunde aus dem Rheinland bitte ich zu bedenken, daß zwar der rheinische Parteivorstand diesen Beschuß gefaßt hat, der hier vorgetragen worden ist, über zwei Vereinigungen. Die Mitglieder aller Organisationen aber sind der Meinung, es sollen drei nebeneinander bestehen. Ich habe diese Frage mehrfach gestellt, und Herr Kraske und ich waren sehr erstaunt, diese Antwort zu bekommen. Das Rheinland hat ein solches Personalangebot, daß sie auch drei Organisationen durchführen können.

Und nun die Frage, die für uns die wichtigste ist: Können wir den Wirtschaftsrat e.V. als Mittel einsetzen, um unsere Finanzen zu stärken, also nicht nur nicht zulassen, daß

35 Vgl. Nr. 19 Anm. 55. – Laut „Welt“ vom 1. März 1969 wurde die Wirtschaftsvereinigung am 28. Februar 1969 konstituiert. Mitglieder sollten der Wirtschaftsrat der CDU e.V. und die Bundesmittelstandsvereinigung der CDU sein. Satzung der Wirtschaftsvereinigung und Protokoll der Gründungsversammlung vom 28. Februar in ACDP 06-043-101/2. Die Gründung der Wirtschaftsvereinigung stieß auf erbitterten Protest bei den Sozialausschüssen, die Klage beim Parteischiedsgericht erheben wollten, sollte der CDU-Bundesausschuß die vorgelegte Satzung genehmigen. Vgl. „Industriekurier“ vom 27. März 1969 „Politisches und juristisches Sperrfeuer aus Königswinter“.

er von uns Geld abzieht, sondern ihn für uns einsetzen? Und wenn nun gesagt wird, er darf das nicht in dieser Weise tun, dann kann man ihn in eine Stiftung umbenennen oder so. Die anderen Organisationen machen das ja auch, und ich weiß auch ungefähr in welchem Ausmaße, weil man das ja nach und nach gewahr wird. Ich weiß noch längst nicht alles, aber eine ganze Menge. Aber es soll mir niemand kommen von den Sozialausschüssen und soll sagen, daß sie kein Geld abzögen. Die Beträge, die sie abziehen, sind sechsstellige Ziffern, wobei die erste Zahl nicht unter fünf liegt, um das mal ganz deutlich zu sagen. Es gibt verschiedene Stiftungen in allen Ländern. Das machen die genauso und machen das mit mindestens demselben Finanzaufwand, wie das der Wirtschaftsrat tut. Ich will bei dieser Geschichte erreichen, daß ich mindestens meine 25 % für die Partei dabei absahne. Das ist mein Bestreben. Darum bin ich nicht mehr so wie früher radikal gegen eine korporative Mitgliedschaft, sondern aus der Position des Schatzmeisters heraus wünsche ich mir eine bessere Finanzierungsmöglichkeit. Aber bitte geben Sie uns den Auftrag, daß wir das untersuchen. Und ich wäre sehr dankbar, wenn einer aus dem Rheinland dabei wäre, einer, der nicht so unmittelbar engagiert ist, denn die Rheinländer haben sich so festgebissen in dieser Frage, man kann kaum noch mit ihnen diskutieren.

Ich wollte zu Ende kommen. Ich muß noch darauf hinweisen, daß in den meisten Landesverbänden der Zusammenschluß zwischen Wirtschaftsrat und Wirtschaftsvereinigung bereits vollzogen ist. So in Baden-Württemberg, so in Berlin, so in Niedersachsen, so in Hamburg und so in Schleswig-Holstein. Es wäre sehr nett, wenn die rheinischen Freunde auch diese Sachlage hier berücksichtigen würden.

*Heck:* Darf ich den Vorschlag machen, daß wir folgende Herren bitten, eine Kommission zu bilden. Ich nenne die Namen alphabetisch: Herr Dufhues, Herr Dr. Kohl, Herr Dr. Kraske, Herr Lücke, Herr Dr. Schmücker.

*Lücke:* Ich bitte, an meiner Stelle Herrn Dr. Meyers zu nehmen. (*Zwischenrufe.*) Gut, ich bin einverstanden. – 4. Tagesordnungspunkt:

#### SPORTPROGRAMM

*Heck:* Kann ich davon ausgehen, daß der Entwurf dieses Sportprogramms, das vom Bundesfachausschuß vorgelegt worden ist, zur Kenntnis genommen wurde?<sup>36</sup> (*Zurufe:* Jawohl!) Ich kann Ihnen sagen, daß wir dieses Sportprogramm, wie es vorgelegt worden ist, Ihnen empfehlen. Es enthält lediglich einen Satz, der problematisch ist, und zwar bei der Anstaltsordnung, Ziffer 2, der letzte Satz: „Sie soll als Pflichtaufgabe der Gemeinden gesetzlich verankert werden.“ Das ist der problematische Satz, und da müßten sich eigentlich die Gemeinden zur Wehr setzen, daß man ihnen hier neue Aufgaben an den Hals hängt, ohne ihnen gleichzeitig die entsprechenden Mittel zu geben.

36 Veröffentlicht am 10. März 1969. Druck: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die CDU informiert – Tatsachen zählen: Das Sportprogramm der CDU. Sport in unserer Zeit. Nr. 3. Bonn o. J. (ACDP Dokumentation 20/5).

*Kohl:* Man könnte auch sagen, das ist ein relevanter Satz, der einige Bedeutung hat. Ich halte das aber nicht für realisierbar. Wenn man die Pläne des Deutschen Sportbundes betrachtet, weiß man überhaupt nicht, wie man das auch nach der Finanzreform finanzieren soll. Man kann darüber reden, ob man das will. (*Lebhafte Unruhe. – Weitere Ausführungen sind unverständlich.*)

*Heck:* Aber ich bitte, wenn wir diesen letzten Satz der Ziffer 2 streichen, dann bleibt immer noch genügend als Aussage übrig, und ich halte das für durchaus zweckmäßig. (*Unruhe.*) Wird das Wort nicht weiter gewünscht? Kann ich davon ausgehen, daß es Ihrer Meinung entspricht, daß wir den letzten Satz der Ziffer 2 streichen: „Sie soll als Pflichtaufgabe der Gemeinden gesetzlich verankert werden“? Einverstanden. – 5. Tagessordnungspunkt:

#### ORDENTLICHER HAUSHALT DER BUNDESPARTEI FÜR 1969

*Kraske:* Ich brauche den vorliegenden und Ihnen vorher schriftlich zugegangenen Haushalt jetzt hier in Einzelpositionen nicht zu erläutern, sondern nach dem Verfahren im vergangenen Jahr würde ich denken, daß Sie die Fragen stellen, die zu den Einzelpositionen zu stellen sind. Ich möchte Ihnen nur in zwei Punkten einen etwas breiteren Überblick geben, als das alleine nach dem Zahlenwerk möglich ist.

Das eine ist der Wahletat, der hier mit 20 Mio. vorgesehen ist und dessen Aufgliederung im einzelnen erst möglich ist, wenn wir mit unseren technischen Wahlvorbereitungen noch ein Stück weiter sind. Aufgliederung im einzelnen heißt also, wieviel geht hiervon in den Rednereinsatz, wieviel geht in die Erstellung von Fernsehfilmen usw. usw. Ich spreche nur zunächst über den Gesamtansatz von 20 Mio. Diese 20 Mio. sind bestimmt zur Deckung der zentralen Wahlkampfaufgaben, d. h. also aller Aufgaben, die die Bundespartei wahrnimmt, wobei sich die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kreisen gegenüber früheren Wahlkämpfen nicht ändern soll. Der Bundeswahlkampfetat betrug für die Bundestagswahl 1957 5,9 Mio. Mark, für die Wahl 1961 10,7 Mio. Mark und für die Wahl 1965 17,5 Mio. Mark. Aus dieser etwas bescheidenen und provisorischen Grafik können wir entnehmen, daß wir bei Fortschreibung dieser Progression im Jahr 1969 auf einen Wahlkampfetat von 23,5 Mio. Mark kommen müßten. Ich halte das für die Bundespartei weder in der Sache für vertretbar, noch für den Schatzmeister für eine realistische Größenordnung von der Aufkommensseite her. Ich bin nach sehr kritischer Prüfung des Etats 1965 der Meinung, daß wir aufgrund der Erfahrungen, die wir 1965 gemacht haben, eine Reihe von Maßnahmen noch rationeller behandeln können, so daß wir mit einer Steigerung auf 20 Mio. auskommen sollten. Ich glaube also, daß wir das als Festzahl empfehlen können.

Das zweite ist der laufende Etat der Bundesgeschäftsstelle, der hier angegeben ist mit abgerundet 5,9 Mio. Mark. Das Soll des von Ihnen vor einem Jahr verabschiedeten Etats 1968 betrug 5,8 Mio. Mark, also rund 100.000 Mark weniger. Das Ist 1968 lag erfreulicherweise darunter, nämlich bei 5,2 Mio. Mark. Wir gehen dennoch auf die 5,9 Mio. Mark, weil auch der laufende Betrieb in einem Wahljahr, insbesondere durch eine

geringfügige Erweiterung unseres Personals, natürlich höhere Kosten verursacht. Aber wie gesagt, wir liegen nur 100.000 Mark über dem Soll des vergangenen Jahres 1968. In dem Wahljahr 1965, wenn ich Ihnen das zum Vergleich ansagen darf, hatten wir ein Ist für den laufenden Etat von 8,5 Mio. Mark. Wir liegen also vier Jahre später wesentlich niedriger als 1965. Das tun wir einmal aufgrund von gewissen Rationalisierungen, aber wir tun es vor allem, weil die Einnahmeseite der Partei durch die Änderung der früheren öffentlichen Finanzierung und der heutigen nicht mehr so ist, wie sie vor vier Jahren war. Das sehen Sie am deutlichsten in der Personalstruktur der Bundesgeschäftsstelle. Wir hatten im Wahljahr 1965 153 Mitarbeiter. Diese Zahl ist Ende 1966 aufgrund des Karlsruher Urteils auf 110 bis Ende 1967 auf 83 abgesunken und ist seitdem mit näherkommender Bundestagswahl und nach Verabschiedung des Parteiengesetzes gestiegen auf 98 und soll jetzt im Wahljahr auf 108 steigen. Das ist eine zahlenmäßig erhebliche Verschlechterung gegenüber 1965. Ich muß allerdings darauf hinweisen, und das sehen Sie auch aus der Gehaltsstruktur, daß die Veränderung der Qualität nicht parallel mit der Quantität läuft. Wir haben uns also in dieser Umstrukturierung aufgrund des Karlsruher Urteils mehr auf eine Reihe von wirklich qualifizierten Mitarbeitern gestützt und dabei die große Zahl etwas abgebaut. Auch dieses aus zwei Gründen. Einmal unter dem äußeren Zwang, mit weniger Geld auskommen zu müssen, aber wie ich ganz offen zugeben will, auch unter noch weiterer Ausnützung von Rationalisierungsmöglichkeiten. Zu diesen 108 Mitarbeitern kommen eine Reihe von weiteren Mitarbeitern unmittelbar von unserem Verlag.<sup>37</sup> Deshalb werden die also nicht in den Etat der Bundespartei hineingehören. Ich glaube, daß wir mit diesem Stab für die Bundestagswahl durchkommen und die uns übertragenen Aufgaben lösen können. Ich wäre aber dankbar, wenn dieser Etat in dieser Höhe hier gebilligt würde.

*Schmücker:* Die Finanzkommission hat gesagt, die Finanzordnung ist dort einstimmig verabschiedet worden. Wir haben dort ebenfalls einmütig eine Abstimmung über die Spendenwerbung mit allen Landesverbänden durchgeführt. Ich möchte dann noch kurz darauf hinweisen, daß außerhalb dieses Etats noch ein Volumen besteht von etwa einer Mio., das abgewickelt wird über den Verlag, und daß wir es uns angewöhnt haben, einige direkte Zahlungen vorzunehmen, weil das nach dem Parteiengesetz einfacher ist.

Das nächste ist, wir wollten einen Schlüssel haben für die Vereinigung. Das geht darum nicht, weil die Finanzierungsmethoden der Vereinigungen so unterschiedlich erfolgreich sind, daß man daran nicht herangehen kann.

Dann möchte ich darauf hinweisen, daß es gelungen ist, nicht nur das Spendensoll voll zu erfüllen, sondern auch die Rückstände der letzten zehn Monate einzukassieren. Wir hoffen, daß wir auch in Erwartung des Bundestagswahlkampfes nicht enttäuscht werden. So hoffen wir, etwa das Dreifache des Jahresbeitrages zu bekommen. Aber wir haben erst mal den gestrigen Tag abgewartet, um die Art unseres Ansatzes jeweils zu

---

37 Unionverlag Bonn, Presse- und Informationsdienste der CDU Rheinlands, Verlagsgesellschaft mbH.

bestimmen. (*Es folgen Ausführungen von Herrn Pütz, die infolge starker Unruhe nicht wahrnehmbar sind.*)

**Heck:** Es wäre sehr angenehm gewesen, wenn die Kommunalpolitische Vereinigung sich zu Wort gemeldet hätte, ehe der Haushalt aufgestellt worden ist. Ich wende mich jetzt nicht dagegen, daß wir die KPV so arbeitsfähig wie möglich machen. Aber ich glaube, man kann das nicht so geschwind jetzt zwischen Tür und Angel machen. Ich lege Wert darauf, daß ich eine entsprechende Vorlage bekomme. Dann kann das in der nächsten Vorstandssitzung beschlossen werden. So schlecht ist die Lage der Arbeitsmöglichkeit der KPV nicht, wie das der Kollege Pütz gesagt hat. (*Lebhafte Unruhe.*)

**Schmiäcker:** Ich sagte gestern schon, ich brauche Möglichkeiten, um außerhalb der Partei unmittelbar finanzieren zu können. Nun kommen Sie mit dieser Verlagsgeschichte. Es muß überlegt werden, wie wir das einbauen. Möglicherweise können wir Ihren Wunsch außerhalb des Etats sehr viel schneller und einfacher erfüllen. Dasselbe gilt im übrigen auch für die Vereinigung.

**Kraske:** Um der guten Ordnung willen darf ich bitten, noch einen weiteren Beschuß zu fassen. Ich trage das hier vor im Einvernehmen mit dem Generalsekretär und dem Bundeschatzmeister. Die Bundespartei muß nach dem Parteiengesetz für ihren Rechenschaftsbericht ein von einem Wirtschaftsprüfer testiertes Ergebnis vorlegen. Da die Verantwortung dafür beim Bundesvorstand liegt, bitte ich den Bundesvorstand, folgendes zu beschließen:

Der Bundesvorstand der CDU ist damit einverstanden, daß bis auf weiteres der Wirtschaftsprüfer Dr. Wilhelm Elmendorff, Düsseldorf, Gustavstr. 58, den Auftrag erhält, den von der CDU nach den §§ 23 ff. des Parteiengesetzes zu erstellenden Rechenschaftsbericht zu prüfen.

Herr Elmendorff<sup>38</sup> ist CDU-Mann und seit vielen Jahren unser Wirtschaftsprüfer.

**Heck:** Das Wort wird nicht mehr gewünscht. – Können wir dann feststellen, daß der Haushalt, wie er vorgelegt worden ist, vom Vorstand angenommen ist und daß eine Position offen bleibt, die für die nächste Sitzung vorbereitet wird? (*Zurufe: Ja.*) – 6. Tagesordnungspunkt:

#### TERMIN DES WAHLKONGRESSES

**Heck:** Wir hatten ursprünglich vorgesehen, den Wahlkongreß im Mai in Wiesbaden zu machen. Wir hatten im Präsidium aus verschiedenen Gründen überlegt, ob es nicht zweckmäßiger wäre, mit dem Wahlkongreß etwas später an die Öffentlichkeit zu treten. Das Präsidium war der Meinung, daß vor allen Dingen deswegen, weil wir nicht wissen, wie die Arbeit in der Regierung und im Parlament noch abläuft, es zweckmäßiger

38 In der Vorlage: Elmendorf. – Dr. Wilhelm Elmendorff (1903–1989), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater; Mitinhaber Dr. Wollert–Dr. Elmendorff KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, fünf Jahre Wirtschaftsjournalist, seit 1934 Angestellter, seit 1938 Vorstandsmitglied Aktiengesellschaft für Wirtschaftsprüfung, seit 1941 Mitinhaber Wollert–Elmendorff KG (Neugründung), 1968 Großes Bundesverdienstkreuz.

wäre, den Wahlkongreß auf Anfang Juli zu verlegen, auch im Hinblick darauf, daß ja in der Zwischenzeit der Wahltermin vom 14. September auf den 28. verlegt worden ist. Der Wahlkongreß könnte, wenn wir diese Verlegung durchführen, nicht in Wiesbaden stattfinden, einfach weil die Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stehen. Wir haben uns überlegt, was zweckmäßig wäre, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir eigentlich im Juli zu der rheinischen Landespartei gehen sollten, und zwar weil wir in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr die wichtigsten Entscheidungen haben, zunächst die Kommunalwahlen und dann die Bundestagswahl. Wir haben uns darauf geeinigt, daß wir alles, was wir tun können, um unseren Freunden in Nordrhein-Westfalen eine möglichst günstige Ausgangsposition für diese Wahlen zu geben, auch tun und schlagen deshalb vor, den Wahlkongreß am 7./8. Juli durchzuführen im rheinischen Landesverband. Ich habe mit dem Landesvorsitzenden, Herrn Grundmann, gesprochen. Herr Grundmann schlägt seinerseits vor, daß wir nach Essen gehen. Das ist die erste Woche, nachdem der Bundestag seine Arbeit beendet hat, das ist die erste Ferienwoche. (*Zuruf: Ist geprüft worden, ob an diesem Tag in Wiesbaden die Räume nicht frei sind?*) – Ja.

*Kraske:* Darf ich vielleicht auch zum Teilnehmerkreis im Hinblick auf diese Verschiebung etwas sagen? Wir hatten vor, zu diesem Wahlkongreß, der eine große Mobilmachung sein sollte, einen großen Kreis einzuladen von etwa 2.000 Leuten, sämtliche Kreisvorsitzende, Kreisgeschäftsführer, Landesvorstände, Kandidaten usw. Inzwischen hat sich folgendes herausgestellt: Es wird von den Landesverbänden für dringend nötig gehalten, auf regionaler Ebene in diesem Kreis in einer internen Veranstaltung zwischen Ostern und Pfingsten eine Vorbereitungstagung für den Wahlkampf zu machen, die Herr Dr. Heck und ich dann vor allen Dingen zu bestreiten haben. Das soll in fünf Bereichen stattfinden, für die norddeutschen Landesverbände, für die südwestdeutschen, für Baden-Württemberg, für Rheinland und für Westfalen. Zu diesen internen Tagungen, wo also ganz offen über Wahlkampfprobleme diskutiert werden soll, Konzeptionen vorgetragen werden sollen usw., soll der große Kreis eingeladen werden. Außerdem haben wir am 31. August die Großkundgebung zur Eröffnung des Wahlkampfes in der Westfalenhalle.<sup>39</sup> Deswegen waren wir der Meinung, es wäre unzweckmäßig, wenn wir zwischen Mai, Juni und August nun noch einmal diesen großen Kreis zu dem Wahlkongreß einladen würden. Deswegen ist jetzt unsere Überlegung folgende, den Wahlkongreß zu machen, beginnend mit einer Bundesvorstandssitzung, dann eine Bundesausschusssitzung, wo die Wahlkampfplattform diskutiert und verabschiedet werden soll und anschließend sämtliche Bundestagskandidaten und Abgeordnete zusammenzurufen, daß ein Kreis dann von immer nur 500 bis 600 Leuten zusammenkommt.

*Heck:* Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind: Wahlkongreß am 7./8. Juli nach dem Vorschlag des rheinischen Landesverbandes in Essen und in der Besetzung, wie es Herr Dr. Kraske vorgeschlagen hat.

---

39 In Dortmund.

*Kraske:* Ich habe noch eine Frage zum Bundesparteitag. Als der Vorstand das letzte Mal die Frage Bundesparteitag 1969 diskutierte, bestand Einvernehmen, daß dieser Parteitag in der zweiten Novemberhälfte abgehalten werden sollte. Es bestand kein Einvernehmen über den Ort, weil es eine freundschaftliche Rivalität zwischen den Landesverbänden Westfalen und Rheinland-Pfalz gab, die beide auf ihrer Einladung bestanden. Inzwischen hat – wie ich höre – eine Einigung zwischen Herrn Dufhues und Herrn Kohl stattgefunden zu Gunsten von Rheinland-Pfalz. Ich bitte daher, heute noch zu beschließen, daß dieser Parteitag in der Zeit vom 16.–21. November – nicht die ganzen Tage, aber in diesem Zeitraum – in Mainz stattfindet. Wir müssen jetzt nur die Halle sichern.

*Heck:* Das Wort wird nicht gewünscht. – 7. Tagesordnungspunkt:

#### VERSCHIEDENES

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich muß deswegen weggehen, weil ich auf dem Flugplatz den Senator<sup>40</sup>, der mich verabschieden will, nicht warten lassen kann. Ich möchte vorschlagen, daß wir auf einer der nächsten Vorstandssitzungen sehr bald mal wirklich eine Aussprache haben, die nicht hin und her geht, über die Situation der CDU vor den Bundestagswahlen. Ich weise noch einmal auf einige Fragen hin. Die Gefahr einer Diskrepanz zwischen der Wählerschaft der CDU und ihren Repräsentanten draußen im Land ist etwas, was ganz natürlich ist, was nicht nur uns so geht, sondern auch anderen Parteien so geht. Aber es ist nun mal so, man wird leicht, wenn man jahrelang in einer bestimmten Arbeit stand, betriebsblind und sieht nicht, was tatsächlich vor sich geht. Und um das zu wissen, müssen wir eben alle Erkenntnisquellen benutzen, die sich uns anbieten, und das sind ja genug. Ich kann nur noch einmal betonen, für uns läuft der Trend gut. Und das, was vorhin in den Äußerungen von Herrn Streibl zum Ausdruck kam, ist bedenklich, wenn das das Gerede bei unseren Vertrauensleuten und Funktionären und Führungsschichten werden würde. Dann würden wir uns ja selber um den großen Erfolg bringen, den wir in der öffentlichen Meinung und vor allem in den unteren Wählerschichten ohne jeden Zweifel haben. Wer zuviel immer nur in diesen Kreisen herumhört und herumspricht, wird dann in der Tat in bißchen betriebsblind. Das ist die große Gefahr, und ich möchte nicht, daß wir unsere eigene gute Situation zerreden oder zerreden lassen. Das ist meine große Sorge im Blick auf die kommenden Monate. Wir müssen also versuchen, uns zu einigen auf die Art und Weise, wie wir die Probleme angehen und wie wir über diese sprechen und natürlich auch über die Analyse und Prognose, die wir uns selbst für die kommende Bundeswahl geben.

*Stoltenberg:* Können wir uns gleich auf einen Termin einigen?

*Kraske:* Ich würde vorschlagen in der Woche vom 14. bis 19. April 1969, da die Woche nach Ostern immer ein bißchen schwierig ist.

<sup>40</sup> Laut Terminkalender vom 6. März 1969 traf sich Kiesinger um 18.30 Uhr mit amerikanischen Journalisten zu einem Interview (vgl. ACDP 01-226-008). Weitere Eintragungen existieren nicht.

*Kiesinger:* Da haben wir Montag und Dienstag den Besuch des Königs von Malaysia.<sup>41</sup> Ich würde vorschlagen: 17. April 1969 um 10.00 Uhr Präsidium und 11.00 Uhr Vorstandssitzung. Und dann bitte den Tag nicht kommen mit wichtigen Terminen, daß nach zwei Stunden dann abgebrochen werden muß. Das ist eine wichtige Sache. Auf Wiedersehen!

*Heck:* Das sollte eine große Aussprache sein über die Umrisse des Wahlkampfes.

Ich wäre dankbar, wenn die übrigen Damen und Herren noch zehn Minuten aushalten würden.

Ich hatte neulich in einer Aussprache darauf hingewiesen, man solle doch bei den vier bis fünf Kandidaten auf der Landesliste eine Frau unterbringen, weil dann auf jedem Wahlzettel sichtbar wird, daß die Frauen bei uns mit dabei sind. Ich möchte das als eine dringende Empfehlung des Vorstands den Landesvorsitzenden mitteilen.

Der nächste Punkt betrifft den rheinischen Landesverband. Da gibt es einen Mann, der heißt Viehof, der Ausführungen gemacht hat über die CSU, über deren Beziehungen zur NPD mit dem Hinweis, da sollte sich eigentlich der Verfassungsschutz damit befassen usw.<sup>42</sup> Ich habe daraufhin den Herrn Viehof in einem Schreiben gebeten, er möchte seine Behauptungen etwas substantiiieren. Das hat er abgelehnt. Er wollte seine Munition nicht verschießen, das soll ja vor den Bundestag kommen. Ich möchte nun unser Parteigericht damit beauftragen, in der Sache zu ermitteln, damit der Herr Viehof merkt, daß wir [uns] als Partei von ihm nicht so auf der Nase herumtanzen lassen. Ich glaube, es ist zweckmäßig, daß das Parteigericht ihn zur Sache mal hört. Dann kann man immer noch überlegen, ob man die Sache weiterverfolgt. Der Herr Viehof ist Vorsitzender der Jungen Arbeitnehmerschaft im Rheinland.

*Kraske:* Darf ich zu Punkt Verschiedenes noch etwas sagen? Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Sie zu bitten, daß Sie sich in Ihrem Einflußbereich ganz nachhaltig um die Rechtsform unserer Kandidatenaufstellung kümmern. Es gibt hier große Probleme und Schwierigkeiten, und zwar in dreifacher Hinsicht.

Das erste Datum: Sämtliche Wahlen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kandidatenaufstellung stehen, also insbesondere die Wahl von Delegierten zur Delegiertenversammlung, die vor dem 1. September 1968 stattgefunden haben, sind ungültig und machen die aus ihnen hervorgehenden Kandidaten- oder Listenaufstellung unmöglich.

41 Tuanku Ismail Nasiruddin Shah ibni al-Marhum Sultan Zainal Abidin Muadzam Shah (1907–1979), 1965–1970 König von Malaysia, besuchte vom 14.–19. April 1969 die Bundesrepublik. Vgl. AdG 1969 S. 14629.

42 In der Vorlage: Viehoff. – Hanshorst Viehof (1940–2000), Gewerkschaftsvertreter; 1957–1969 Mitarbeiter bei der Bundespost, seit 1960 Mitglied der CDA, 1969 stv. Bundesvorsitzender der Jungen Arbeitnehmerschaft, 1969 Referent beim DGB-Bundesvorstand, 1973–1980 Geschäftsführer des Berufsförderungswerkes des DGB, 1983–1985 Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit, 1990–1999 Geschäftsführer des Berufsförderungswerkes im DGB. – Schriftwechsel in den Akten des Justitiars (ACDP 07–001 unverzeichnet). Zu einem Parteigerichtsverfahren ist es wohl nicht gekommen.

2. Sämtliche Kandidaten-Aufstellungen, an denen Mitglieder teilgenommen haben, die am Wahltag noch nicht 21 Jahre alt sein werden, sind ungültig, und zwar auch dann, wenn diese Mitglieder nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar teilgenommen haben. Es gibt hier zwei juristische Theorien. Die eine geht darauf hin, daß das nur für die letzte und die vorletzte Stufe gilt. Die rigoroseste Auslegung geht soweit, daß, wenn etwa die Delegierten, wie bei uns im Rheinland und bei Ihnen in Westfalen, für die Aufstellung der Landesliste von Landesparteitagen gewählt werden, dann ist es völlig klar, daß auf diesen Landesparteitagen bei dieser Wahl nur Mitglieder über 21 und nur gewählte, keine geborenen Mitglieder mitstimmen dürfen. Sonst ist die Sache *eo ipso* ungültig. Es gibt aber eine Theorie, die soweit geht, daß auch diese Landesparteitage ihrerseits nur von Wahlberechtigten gewählt sein dürfen. Das Bundesministerium des Innern teilt diese Auslegung nicht, sondern ist der Meinung, wenn auf dem Parteitag nur Wahlberechtigte gewählt haben, dann ist die Sache in Ordnung und kein Anfechtungsgrund.

3. Das Problem der geheimen Wahl: Es gibt hier bereits eine erste Anfechtung aus Oldenburg, wo die Delegierten für die Kandidatenaufstellung offen durch Akklamation gewählt worden sind. Das ist nicht zulässig. Es muß nach unserem Statut, nach dem Parteiengesetz und nach dem Wahlgesetz geheim gewählt werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das Ihrerseits schon berücksichtigen würden. Ich mache das noch schriftlich. Ich wollte nur in diesem Kreise auf die Wichtigkeit dieses Themas hinweisen.

*Heck:* Wird sonst noch das Wort zu „Verschiedenes“ gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich für Ihre Mitarbeit.